

Sudetenpost



Erscheinungsort Wels P. b. b.
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis S 16,- LoGZ 79E

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 6

Wien - Linz, 25. März 1999

45. Jahrgang

**Risikiert Bank Austria
Sammelklage?**

(Seite 2)

**Gedenken an das
Massaker vor 80 Jahren**

(Seiten 4, 5 und 6)

**Tribüne der
Meinungen**

(Seite 12)

So verschaukelt die Regierung Schröder die Sudetendeutschen

Wie die Bonner Regierung die Sudetendeutschen zu verschaukeln versucht, führte Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des ersten Besuchs des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman in Bonn vor: Schröder wies nicht nur die Forderung der Vertriebenen zurück, den EU-Beitritt Tschechiens mit einer Rückgabe von Vermögen an die Sudetendeutschen zu verknüpfen, sondern distanzierte sich überhaupt von jeglicher Unterstützung der Ansprüche. Derartige Ansprüche seien Teil einer „abgeschlossenen Epoche“, die die deutsche Außenpolitik nicht länger belasten würden, sagte Schröder. Auch Prag betrachte diese Fragen als abgeschlossen. Schröder und Zeman kamen überein, keine Vermögensfragen aus

den Kriegs- und Nachkriegsjahren mehr aufzuwerfen. Davon betroffen seien auch alle Forderungen der Sudetendeutschen, erklärte Schröder. Die Sudetendeutschen hätten das Recht, ihre kulturellen Eigenarten zu pflegen, aber keinen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik.

Nach einem lauten Protestschrei des SL-Sprechers Franz Neubauer („Schröder tritt deutsche Interessen mit Füßen“) und der Unionsparteien machte der Kanzler einen Tag später einen kleinen Rückzieher: In einer Erklärung betonte das Kanzleramt, Bonn halte an der bisherigen deutschen Rechtsposition gegenüber Tschechien fest. Mit der Ankündigung Schröders, die Regierung werde keine Ansprüche

nach einer Vermögensrückgabe der Sudetendeutschen verfolgen, würden keine Rechtsauffassungen oder Interessen aufgegeben, erklärte sein außenpolitischer Berater Michael Steiner. Auch die neue Regierung betrachte die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als Unrecht. Den Vertriebenen bleibe es selbstverständlich unbenommen, vor tschechischen Gerichten auf Rückgabe ihres früheren Vermögens zu klagen.

Bei Zeman war Schröders Botschaft freilich angekommen: Von dieser Bonner Regierung hat Prag in der Vertriebenenfrage nicht das Geringste zu befürchten.

Lesen Sie dazu auch die Berichte im Blattinneren dieser Ausgabe.

Das Bild der Heimat



Komotau, Bezirksstadt am Abhang des Erzgebirges.

Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Frau Ingeborg Lang, D-Köln

Böses Verwirrspiel

VON MANFRED MAURER

ETWAS IN DEN RAUM zu stellen und es hinterher nicht so gemeint zu haben, ist nach fünf Monaten zum Markenzeichen der rot-grünen Chaosgruppe in Bonn geworden. In praktisch allen Politikbereichen hat die Regierung Schröder Ankündigungen zurückziehen, Versprechen brechen und Entwürfe umkrepeln müssen, weil sie erkennen mußte, wie weit sie am Volk vorbeiregiert.

WARUM SOLLTE ES SICH da in der Vertriebenenpolitik anders verhalten? Erst erklärt Schröder seinem tschechischen Gast Zeman, daß Bonn Vermögensforderungen der Sudetendeutschen nicht mehr vertreten werde, ehe es dem Kanzler dämmert, daß dies ja Regreßforderungen nach sich ziehen könnte. Franz Neubauer hat Entsprechendes ja bereits angedroht. Also erklärt Herr Schröder einen Tag danach, daß er die Erklärung so nicht verstanden wissen wollte.

MAN KÖNNTE dieses Tohuwabohu mit mangelndem Fingerspitzengefühl, mangelnder Professionalität und mangelnder Sachkenntnis erklären. Doch das allein wird es wohl nicht gewesen sein. Nach dem, was die Bonner Spitzen seit Amtsantritt in dieser Causa von sich gegeben haben, ist es kein unbegründeter Verdacht: Hinter dem Verwirrspiel steht sehr wohl Methode. Einerseits sollen die Sudetendeutschen mit ihren Anliegen dort bleiben, wo der Pfeffer wächst, andererseits kann man ihnen das aber nicht hoch offiziell mitteilen, weil dann ja Neubauers Drohung tatsächlich schlagend werden könnte.

SCHRÖDER HAT DABEI in Zeman einen durchaus kongenialen Partner gefunden. Denn der tschechische Ministerpräsident arbeitet ja genauso mit den Mitteln der Desinformation. Er erzählt seinen deutschen Gastgebern, daß die Beneš-Dekrete faktisch nicht mehr gelten und kann sich darauf verlassen, daß die sich entweder nicht auskennen oder die Wahrheit ohnehin nicht wissen wollen. Faktum ist: Die Beneš-Dekrete gelten, wurden nicht aufgehoben, sind auch nicht totes Recht, sondern: das tschechische Verfassungsgericht in Brünn hat im Dreithaler-Prozeß die Beneš-Dekrete ausdrücklich bestätigt und damit deren Rechtswirksamkeit bis zum heutigen Tage bestätigt.

DER EFFEKT dieses Verwirrspieles: Auch wenn Schröder es bestreitet, hat Prag faktisch eine Garantieerklärung bekommen, daß aus Bonn niemals irgendwelche Forderungen im Sinne der Vertriebenen kommen werden. Schröder tut so, als würde er die Sudetendeutschen weiter unterstützen, Zeman tut so, als seien die Beneš-Dekrete schon aufgehoben – und so mancher Anwalt der Sudetendeutschen tut so, als würde ihm jetzt bald wirklich die Hutschnur reißen. Hoffentlich tut er nicht nur so.

WERTE ABONNENTEN AUS DEUTSCHLAND!

Ausschließlich für unsere deutschen Abonnenten liegt der heutigen Zeitung ein Erlagschein zur Einzahlung der Abogebühr bei. Wir ersuchen Sie höflich, die Einzahlung fristgerecht vorzunehmen.

Sie helfen damit eine Zeitung zu finanzieren, die sich für die Anliegen der Landsleute bedingungslos einsetzt.

Sollten Sie einen anderen als den dieser Zeitung beiliegenden Zahlschein verwenden, so **vermerken Sie bitte Ihre Kundennummer auf dem Zahlschein.**

Herzlichen Dank!

Gerücht um Kauf einer Prager Bank stößt bei US-Anwalt auf Interesse: Handelt sich Bank Austria in USA neue Sammelklage ein?

Die Bank Austria könnte sich mit dem Kauf einer tschechischen Bank in den USA eine neue Sammelklage einhandeln – dieses Mal von Sudetendeutschen.

Mit der Übernahme der CA hat sich die Bank Austria in den USA eine Sammelklage von Holocaust-Überlebenden eingehandelt, die nach monatelangen Verhandlungen mit einem wahrscheinlich mehr als 500 Millionen Schilling teuren Vergleich abgeben wurde. Ein Kauf der mehrheitlich in Staatsbesitz stehenden tschechischen Bank Ceska Sporitelna (CS) könnte ähnliche Probleme mit sich bringen. Die Bank Austria wird nämlich in der Prager Gerüchteküche neben der Erste Bank als Favorit für die CS-Staatsanteile genannt. Das muß vor allem Sudetendeutsche aufhorchen lassen: Die Landsmannschaft in München steht nämlich kurz vor einer Vereinbarung mit einem US-Anwalt, der mit Sammelklagen gegen tschechische Unternehmen Entschädigungen für die nach dem Krieg enteigneten und vertriebenen Altösterreicher erkämpfen will. Eines der Probleme: Nur wenige tschechische Firmen haben Niederlassungen in den USA. Ein Kauf der CS durch die Bank Austria „könnte uns sehr hilfreich sein, weil die Bank Austria in New York eine Vertretung hat“, sagt der Washingtoner Anwalt, dessen Name der „Sudetendpost“ bekannt ist, aber bis zum Abschluß eines Vertrages mit der Sudetendeutschen Landsmann-

schaft in München noch nicht veröffentlicht werden kann.

Sammelklage: Gespräche knapp vor Abschluß?

Die Gespräche mit der SL München stünden, so der Anwalt, knapp vor einem Durchbruch. „Nur einige Kleinigkeiten, die wir in den nächsten Wochen hinter uns haben werden“, seien noch zu regeln. Zu den Chancen von Sammelklagen äußert sich der Anwalt weiterhin sehr optimistisch. Darin habe ihn auch ein prominenter US-Völkerrechtler bestärkt. Entscheidend werde sein, daß die deutschstämmigen Amerikaner, die in hunderten Vereinen organisiert sind, ihr ganzes Gewicht in die politische Waagschale legen. Wichtig sei aber, so der Anwalt, „daß alle Landsmannschaften, auch die österreichische, mitziehen“. Aus der SLÖ jedenfalls kommen diesbezüglich positive Signale.

SLÖ würde sich Sammelklage anschließen

Sollte sich die Landsmannschaft in München zu Sammelklagen entschließen, „wird sich die SLÖ natürlich anhängen“, so SLÖ-Obmann Karsten Eder. Auch er hält eine Sammelklage von Sudetendeutschen für möglich, sollte die BA eine tschechische Bank kaufen.

Von Bedeutung könnte in diesem Zusammenhang sein, daß an der CS auch die Tschechische Versicherung (Ceska Pojistovna) Anteile

hält. Diese Versicherung hatte sich nach der KP-Machtübernahme 1948 unter anderem die enteigneten Lebensversicherungen einverleibt, für die bereits mehrere Sudetendeutsche in Österreich Entschädigung fordern. Die Versicherungen „Generali“ und „Anker“ argumentieren bislang, nach der KP-Machtübernahme in der Tschechoslowakei selbst Opfer der Enteignung gewesen zu sein. Die Lebensversicherungen von Sudetendeutschen wurden nach dem Krieg für verfallen erklärt. Nutznießer der oft bereits vollständig eingezahlten Prämien wurde die Staatliche Tschechische Versicherung – eben die heutige Ceska Pojistovna.

In der BA-Zentrale ist man jedenfalls auf die ganze Problematik bereits aufmerksam geworden: Eine BA-Sprecherin wollte zwar ein Kaufinteresse an der CS nicht bestätigen, im Fall des Falles würde jedoch im Hinblick auf drohende Klagen eine genaue Prüfung vorgenommen. Unter Umständen entgeht damit dem US-Anwalt ein mögliches Klagsobjekt, doch er sieht auch einen positiven Effekt, wenn die Möglichkeit einer Klage den Kauf der CS durch die Bank Austria verhindern sollte: In der Wirtschaftswelt spricht sich so etwas schließlich herum. Und wenn potentielle Investoren um ihr Geld fürchten müssen, weil die Rechnungen der Vergangenheit noch nicht beglichen sind, könnte Tschechien ein ernstes Problem bekommen.

Universität Wien ehrt Dr. Broesigke



Die gerade an der Universität Wien sehr selten verliehene Auszeichnung der „Wiederverleihung“ des Doktor-Diploms aufgrund besonderer Verdienste 50 Jahre nach der Promotion wurde nun unserem Karlsbader Landsmann Alt-Rechnungshofpräsident Tassilo Broesigke zuteil. In einem Festakt im großen Festsaal der Universität Wien konnte Dr. Broesigke seine zweite Promotionsurkunde in Empfang nehmen. In seiner Laudatio betonte der 3. Nationalratspräsident Brauner Broesigkes „zwar stille, aber wertvolle Verdienste“ und hob nicht nur dessen Verdienste als Präsident des Rechnungshofes, sondern auch die Leistungen als Obmann des Justizausschusses hervor und betonte dessen „wertvolles Mitwirken an der Konstruktion des Rechtsstaats“.

Sudetendeutsche Bauern vor dem EU-Parlament

Eine kleine, aber entschlossene Gruppe sudetendeutscher Bauern unter Führung von Edmund Liepold forderte am 10. März vor dem Gebäude des Europarats in Straßburg, in dem sich die europäischen Parlamentarier zu ihrer monatlichen Sitzung versammelt hatten, das Selbstbestimmungsrecht (nicht nur das Heimatrecht!) für ihre sudetendeutschen Landsleute ein.

Auf Plakaten und Transparenten wurden die Parlamentsmitglieder aus allen europäischen Staaten an das Vertriebungsverbrechen, an Mord und Entrechtung der Sudetendeutschen erinnert.

Mit prägnanten Parolen wurden die Adressaten mit den Forderungen der Vertriebungsoffer konfrontiert und über die an ihnen begangenen Untaten informiert.

Wie wenig man über unser Schicksal in unserem Nachbarland und noch dazu an einem Ort von entscheidender Wichtigkeit für das künftige Europa weiß, ließen bereits die Fragen der behördlichen Gesprächspartner bei der Anmeldung auf der Präfektur in Straßburg erkennen. Desgleichen stießen die Landsleute am Aktionstag bei den Passanten aus vieler Herren Länder immer wieder auf ungläubiges Staunen über die Informationen, die sie aus zahlreichen Gesprächen mit den Demonstranten erhielten. Exemplarisch für die Position deutscher Europa-Abgeordneter war die Behauptung eines SPD-Mitgliedes, 1938 seien 180.000 Tschechen von Deutschen vertrieben worden. So beschaf-

ten sind Geschichtskennntnisse von einflussreichen internationalen Politikern, die über den Eintritt der Tschechen in die EU entscheiden! Umso wichtiger war es, daß die sudetendeutschen Bauern in einem griffigen Text auf dreisprachigen Handzetteln die völker- und menschenrechtswidrigen Untaten jener dazustellen vermochten, die „ohne Wenn und Aber“ in die Rechts- und Wertegemeinschaft der EU aufgenommen werden sollen. Die in Nacharbeit aufbereiteten Flugblätter fanden so reißenden Absatz, daß an Ort und Stelle „nachgekartet“ werden mußte.

Trotz einer parallel laufenden Kurdendemonstration konnten die einsatzfreudigen Bauern, die u. a. in deutlichen Worten auch die Rückgabe ihrer Höfe und Ländereien verlangten, ihre mehr als zweistündige Kundgebung abwickeln. Sowohl die Straßburger Präfektur als auch die Dienststellen der Polizei auf dem extraterritorialen Gelände der Straßburger Institutionen zeigten sich den Interessen der Sudetendeutschen gegenüber aufgeschlossen und wohlwollend. Die Bauern aus der Heimat führten bei dieser Gelegenheit in geradezu mustergültiger Weise vor, wie Öffentlichkeitsarbeit heute auszusehen hat. Sie erlebten anhand zahlreicher Fragen aus dem Publikum, wie es um den Bekanntheitsgrad unseres Schicksals bestellt ist. Auch an diesem überaus eindrucksvollen Beispiel wurde offenbar, wie wenig effizient die verantwortlichen verbandseigenen Stellen in München arbeiten!

Erich Högn

Tschechen, Polen und Ungarn sind nun NATO-Mitglieder

Tschechien und Polen haben den letzten verfassungsgemäßen Schritt zum Beitritt vollzogen. Die Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski und Václav Havel unterzeichneten Ende Februar das Ratifikationsabkommen ihrer Länder. Das Staatsoberhaupt des dritten Beitrittskandidaten Ungarn, Präsident Arpad Göncz, hatte das Dokument schon am Mittwoch, dem 10. Februar, unterschrieben. Die drei Staaten traten am 12. März dem westlichen Verteidigungsbündnis bei.

Havel würdigte das Dokument als „histo-

risch bedeutend für uns und unsere Nachkommen“. Nach „jahrhundertelanger dramatischer Existenz“ sei Tschechiens Sicherheit nun garantiert.

Kurz nachdem Václav Havel seine Rede begonnen hatte, kam es auf der Prager Burg zu einem Zwischenfall. Ein junger Links-Aktivist blies von der Pressetribüne aus auf eine Trillerpfeife und verbrannte ein Armeebuch mit NATO-Emblem. Nach wenigen Augenblicken wurde er von Sicherheitsleuten überwältigt und in einen Nebenraum geführt.

Gedanken des Bundesobmannes

Die Ereignisse der letzten Tage im Zusammenhang mit den Erklärungen des deutschen Bundeskanzlers Schröder und wahrscheinlichen Aussagen seines Außenministers beschäftigen in ersterem Falle die Medien, im zweiten Falle haben sie bei uns nur den Stellenwert, der ihnen gebührt.

Für uns sind sie nicht unbedingt entscheidend, aber doch beachtenswert. Ich frage mich, woher ein deutscher, frischgewählter und scheinbar nicht sonderlich informierter Bundeskanzler das Recht nimmt, auf das Privatvermögen der sudetendeutschen Bundesbürger, aber in den eventuellen Auswirkungen auch auf jenes aller Sudetendeutschen, zu verzichten. So ist es jedenfalls aus den Pressemeldungen zu entnehmen. So wie ich, fühlen wir Altösterreicher sudetendeutscher Herkunft uns von Herrn Schröder weder vertreten, noch ist er dazu berechtigt. Wir haben in Österreich eine geschichts- und verantwortungsbewußtere Regierung, die sich derartige Mißgriffe, wie sie im Hauptaufnahmeland der Vertriebenen erfolgte, einfach nicht leisten kann.

Dem Neuling Schröder ist sicher nicht bekannt, daß es den durch verschiedene rassistische Beneß-Dekrete recht-, ehr- und eigentumslos gewordenen Sudetendeutschen nicht nur um materielle Werte geht. ER sollte einmal darüber nachdenken, bzw., wie es in diesen Höhenlagen üblich ist, nachdenken lassen, auch wenn er derzeit noch andere selbstverschuldete Probleme hat. Die Arbeitsbelastung durch den EU-Vorsitz Deutschlands gilt für mich nicht als Entschuldigung, denn allein über drei Millionen Sudetendeutsche in Deutschland sind ein nicht unerheblicher Bevölkerungsanteil, den er auch zu vertreten hat.

Eine Zeitung in der CR betitelte die Aussagen mit „Ein Schlußstrich unter ein empfindliches Kapitel“. Wer glaubt, einen Schlußstrich über die Köpfe der Betroffenen hinweg ziehen zu können, irrt ganz gewaltig. Ein Schlußstrich ist ein hohles Wort ohne besonders inhaltliche Werte, denn jeder Mensch kann

etwas anderes darunter verstehen. Außerdem kann etwas nur wirklich beendet sein, wenn eine einvernehmliche Lösung von allen Betroffenen akzeptiert und damit mitgetragen wird. „Eine neue Ära einläuten“ (siehe „Prager Zeitung“), können nur jene, die dies berücksichtigen. Die Sudetendeutschen würden einen offeneren Umgang mit der geschichtlichen Wahrheit und den sich daraus ergebenden Konsequenzen nur begrüßen. Das Vom-Tisch-Wischen, oder Unter-den-Teppich-Kehren von Altlasten – damit es oberflächlich schön aussieht – ist der größte Fehler, den man machen kann. Verantwortungsbewußte Menschen pflegen derartige brisante Angelegenheiten, die das Verhältnis zwischen Menschen, Völkern und Staaten auf viele Generationen hin vergiften, ordnungsgemäß zu entsorgen. Die augenblickliche Situation erinnert mich an die Vielzahl von Fässern mit zum Teil hochgiftigem Inhalt, die man auf verschiedenen Deponien unter die Erde gebracht hat und die jetzt zum Teil nach Jahrzehnten die Umwelt zu vergiften beginnen. Die damals dafür Verantwortlichen leben entweder nicht mehr oder sind nicht mehr greifbar, das Problem existiert aber. Strebt man ähnliche Lösungen an? Die Probleme im Kaukasus und am Balkan sind nicht neu, sie entstanden in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, wurden aber nie richtig gelöst, sondern mit Gewalt geregelt. Die Ergebnisse sieht man heute. Lernt man nicht daraus? Bevor es in Bosnien-Herzegowina zu den „ethnischen Säuberungen“ kam, war es für viele Mitmenschen unvorstellbar, wie es bei deren Vorgängern in unserer Heimat zugeht. Es gibt Staatsmänner, die heute noch glauben, daß sich Vertreibungen lohnen. Wann wurden sie denn auch gehandelt?

Wir wollen keine Schlußstriche, sondern einvernehmliche Lösungen. Wenn nicht heute, so doch ehe baldigst, denn Regierungen gehen wieder, nicht aber die Betroffenen und ihre Nachkommen und deren Anliegen.

Ihr Bundesobmann Karsten Eder

Wirbel um Schröders Aussagen beim Zeman-Besuch in Bonn

„Schröder tritt deutsche Interessen mit Füßen“

Zum Gespräch des Bundeskanzlers mit dem tschechischen Ministerpräsidenten am 8. März 1999 erklärt der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Staatsminister a. D. Franz Neubauer:

„Bundeskanzler Schröder, der gleichsam als sein Markenzeichen ständig vorgibt, deutsche Interessen mit Nachdruck zu vertreten, hat beim Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman innerhalb einer Stunde elementare Rechte von über drei Millionen Sudetendeutschen und damit gleichzeitig die Rechte von über zehn Millionen Vertriebenen in der ihm eigenen Art ‚einer Lösung zugeführt‘. Während die Staatsminister Vollmer und Verheugen noch vor wenigen Wochen schriftlich erklärt hatten, daß die Bundesregierung die Beneš-Dekrete sowie die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig betrachte und sie deshalb auch nicht auf vermögensrechtliche Ansprüche gegenüber den Vertreiberstaaten verzichtet habe, setzte sich Schröder kalt-lächelnd darüber hinweg. Er bezeichnete das den Sudetendeutschen zugefügte Unrecht als ‚unumkehrbar‘. Deshalb werde die Bundesregierung ‚weder heute, noch in Zukunft Vermögensfragen in diesem Zusammenhang aufwerfen oder Forderungen stellen.‘

Bundesregierung regreßpflichtig

Mit dieser Aussage versagt Bundeskanzler Schröder den Vertriebenen den ‚diplomatischen Schutz‘, zu dem die Bundesregierung gegenüber allen Staatsbürgern verpflichtet ist. Gleichzeitig dürfte der Bundeskanzler durch sein Verhalten einen Verzicht auf privatrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen zum Ausdruck gebracht haben, der die Bundesregierung regreßpflichtig macht.

Es wäre vielmehr notwendiger gewesen, von Ministerpräsident Zeman die Aufhebung der völkerrechtswidrigen und rassistischen Beneš-Dekrete zu verlangen, ebenso die Aufhebung des sogenannten ‚Amnestie-Gesetzes‘ vom 8. Mai 1946, welches Straftaten an Deutschen und Ungarn, bis hin zum Mord, auch heute noch für nicht rechtswidrig erklärt. Dazu ist der Bundeskanzler aufgrund des von ihm geleisteten Amtseides (Schaden vom deutschen Volk abzuwenden) verpflichtet.

In diesem Zusammenhang ist besonders pikant, daß die bayerische SPD vor der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl mit großem Nachdruck – und im übrigen völlig zu recht – erklärt hat, in der Deutsch-tschechi-

schen Erklärung ‚sind die Vermögensfragen der Sudetendeutschen nicht angesprochen worden. Sie bleiben nach wie vor offen und müssen Inhalt der Gespräche zwischen den Repräsentanten der Sudetendeutschen und der Tschechen sein.‘

Die Meinung der bayerischen SPD scheint dem Bundeskanzler ebenso gleichgültig zu sein, wie die berechtigten Anliegen seiner sudetendeutschen Mitbürger nach einer gerechten Lösung der sudetendeutschen Frage. Offenbar trifft die im Kommentar einer großen deutschen Tageszeitung geäußerte Vermutung zu, daß der Bundeskanzler ‚die Bevölkerung in rot-grüne Wähler und Nichtwähler einteilt. So gehören die Bauern und die Sudetendeutschen vermutlich zu seinen Nichtwählern.‘

Das Verhalten des Bundeskanzlers ist umso unverständlicher, als es in eine Zeit fällt, in der nach Jahrzehnten von vielen Seiten Ansprüche an die Bundesregierung massiv geltend gemacht werden und gleichzeitig auf internationaler Ebene eine Sensibilisierung des Problems widerrechtlich eingezogenen Eigentums unübersehbar sei.“

Stoiber: Schlechter Dienst für Aussöhnungsprozeß

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erklärte, daß Bundeskanzler Schröder mit seinen „geschichtslosen Äußerungen“ über einen Schlußstrich unter die Vergangenheit in den deutsch-tschechischen Beziehungen bei seinem Zusammentreffen mit Zeman dem schwierigen Prozeß der Aussöhnung zwischen Deutschen und Tschechen einen verheerenden Dienst erwiesen habe. Die Aussage von Schröder, er wolle im deutsch-tschechischen Verhältnis Fragen aus der Vergangenheit überhaupt nicht mehr ansprechen, werde der Verantwortung vor der Geschichte nicht gerecht. Es sei erschreckend, wenn gerade ein deutscher Bundeskanzler sich dieser Verantwortung verweigere. Der Bundeskanzler übersehe, daß die Bundesregierung für eine echte und dauerhafte Aussöhnung zwischen Deutschen und Tschechen auf dem Hintergrund der ganzen Geschichte die von Unrecht und Leid Betroffenen auf beiden Seiten einbeziehen muß. Schröders unverantwortliche Äußerungen seien auch wenig hilfreich für den schwierigen Klärungsprozeß innerhalb der Tschechischen Republik, in der nach Jahrzehnten der Diktatur nun in einer offenen und demokratischen Gesellschaft eine intensive Diskussion über dunkle Kapitel der eigenen Geschichte mit der völkerrechtswidrigen Vertreibung von mehr als drei Millionen

Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt hat.

Scharf kritisierte die bayerische Staatsregierung ferner die Ankündigung des Kulturbeauftragten der Bundesregierung, Staatsminister Naumann, ab dem Jahr 1999 die Zuschüsse des Bundes für den Sudetendeutschen Tag und die kulturellen Rahmenprogramme von Bundesfesten oder Heimattagen der Vertriebenenorganisationen zu streichen. Dies zeigt überdeutlich, daß diese Bundesregierung nicht bereit ist, die berechtigten Anliegen der Sudetendeutschen zu vertreten. Die bayerische Staatsregierung steht als Schirmherr weiterhin fest an der Seite der Sudetendeutschen, gerade auch dann, wenn diese Bürger Deutschlands von der eigenen Bundesregierung im Stich gelassen werden.

Schäuble: Schröder verrät deutsche Interessen

Mit dem zwischen Zeman und Schröder vereinbarten Schlußstrich unter das Thema der offenen Vermögensfragen breche Bundeskanzler Schröder in unverantwortlicher Weise mit der Politik der bisherigen Bundesregierung und verletze die Schutzpflicht der Bundesregierung gegenüber den Betroffenen, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble. Schröder müsse sich fragen lassen, ob er seinen Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, nicht für die Sudetendeutschen und die Heimatvertriebenen gelten lassen will? Dies ist ein einzigartiger Vorgang. Dabei mißt Schröder mit zweierlei Maß, wenn er sich einerseits für Regelungen zugunsten der ehemaligen Zwangsarbeiter einsetzt, jedoch die berechtigten Belange der Sudetendeutschen ignoriert. Mit seiner Schlußstrich-Aktion in Gutsherren-Manier hat Bundeskanzler Schröder deutlich gemacht, daß ihn die Belange der von den Folgen des Zweiten Weltkriegs besonders getroffenen deutschen Mitbürger überhaupt nicht interessieren.

Goppel: Schröders Ignoranz unerträglich

Die Art und Weise, wie Schröder mit den Sudetendeutschen umgeht, hat CSU-Generalsekretär Dr. Thomas Goppel als skandalös bezeichnet. Es sei eine Schande, mit welcher unerträglicher Ignoranz Schröder über die Geschichte des eigenen Landes und seiner Bürger hinweggehe. „Auf der einen Seite läßt die Bundesregierung nichts unversucht, um mit einer doppelten Staatsbürgerschaft Millionen von Ausländern den deutschen Paß aufzudrän-

gen, auf der anderen Seite macht er die eigenen Landsleute, denen er hochnäsiger gewährt, ihre kulturellen Wurzeln pflegen zu dürfen, zu gesellschaftlichen Randgruppen“, erklärte der CSU-Generalsekretär.

Nachdem Schröder bereits als niedersächsischer Ministerpräsident die Patenschaft über die Schlesier aufgekündigt habe, setze er nun seinen geistigen Feldzug gegen die Heimatvertriebenen auf Bundesebene fort. Die Bundesregierung falle damit in das Gedankengut der alten Linken zurück, die die Unrechtstaten der Vertreibung gewissermaßen als gerechte Strafe für deutsche Untaten angesehen hätten. Dr. Goppel: „Schröder muß sich endlich vergegenwärtigen, daß man Unrecht nicht gegen Unrecht aufwiegen kann.“

Gabert: Schlußstrich ist nicht möglich

Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Sudetendeutschen Rates, Volkmar Gabert, stellte fest, daß der Sudetendeutsche Rat und alle Sudetendeutschen sich immer für Gespräche um Verständigung mit dem tschechischen Volk auf der Basis der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte eingesetzt haben. Gabert warnte aber vor der Illusion, daß noch nicht aufgearbeitete Geschichtsperioden abgeschlossen seien. Wichtig sei der Versuch der ehrlichen Aufarbeitung dieser Perioden durch die Völker. Was noch nicht aufgearbeitet ist, kann auch nicht abgeschlossen sein. Gabert warnte vor sogenannten Schlußstrichklärungen. Er stellte weiter fest, daß Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Zeman erklärt hätten, daß beide Regierungen weder heute, noch in der Zukunft Vermögensfragen aufwerfen wollten. Gabert erklärte, daß dies sehr wohl die beiden Regierungen erklären könnten, nur hoffe er, daß Bundeskanzler Schröder und auch Ministerpräsident Zeman wissen, daß die Bundesregierung – ganz gleich, wie sie zusammengesetzt ist – auf das zwangsentlegnete Vermögen von Privatpersonen oder Gesellschaften nicht verzichten kann.

Die Bundesregierung kann erklären, daß die Regierungen keine Entschädigung irgendwelcher Art für Vermögensfragen, die die Regierungen angehen, stellen werden. Über Ansprüche Dritter können die Regierungen nicht entscheiden. Die Bundesregierung müsse wissen, daß, wenn sie das tun würde, sie gegenüber diesen Dritten, Personen oder Gesellschaften, entschädigungspflichtig ist.

EU-Erweiterung nicht ohne Vertriebene

Auf Initiative des baden-württembergischen Landesbeauftragten für Vertriebene, Willi Stächele, hat die Landesregierung zur EU-Osterweiterung wie folgt Stellung genommen:

„Mit der Osterweiterung steht die EU vor einer der größten Herausforderungen der Geschichte, der Einigung des Kontinents. Sie liegt im ureigensten Interesse Deutschlands, der EU und der Beitrittsstaaten. Auf dem Weg zu einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung sind die Heimatvertriebenen im Geiste der Stuttgarter Charta von 1950 mit einzubeziehen und sollen mit ihren berechtigten Anliegen zu Gehör kommen. Ihre Vertreibung war großes Unrecht und völkerrechtswidrig. Mit einem Beitritt Tschechiens und Polens zur EU können noch offene bilaterale Fragen besser gelöst werden.“

Falscher Jubel bei Bundesregierung und SPD: Beneš-Dekrete keinesfalls abgeschafft

Die bayerische SPD hat in einem Dringlichkeitsantrag vom 10. 3. im Landtag behauptet, die Erklärungen des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman in Bonn bedeuteten eine faktische Außerkraftsetzung der Beneš-Dekrete. Dazu erklärte der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Franz Neubauer:

Die Beneš-Dekrete zur Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen sind durch die vagen Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman in Bonn weder faktisch, noch juristisch außer Kraft gesetzt. Zeman hat bei seiner öffentlichen Erklärung in Bonn die Beneš-Dekrete nicht einmal beim Namen genannt. Er sprach wörtlich nur davon, daß „bei Beibehaltung der tschechischen Rechtskontinuität und Rechtsordnung die Wirksamkeit einiger nach dem Jahre 1945 beschlossener Gesetze bereits erloschen“ sei. Es ist unerträgliche Schönfärberei, wenn die Bundesregierung nachträglich behauptet, damit seien „eindeutig“ nicht nur die Beneš-Dekrete, sondern sogar auch noch das sogenannte Amnestiegesetz vom Mai 1946 gemeint, mit dem auch Nachkriegsverbrechen an Deutschen für straffrei erklärt wurden. In einem Rechtsstaat können Gesetze nur vom Parlament oder durch Gerichte, nicht aber durch eine zumal höchst vage und nebulöse Äußerung eines Ministerpräsidenten außer Kraft gesetzt werden. Nach wie vor judizieren tschechische Gerichte auf der Grundlage

der Beneš-Dekrete. Das Verfassungsgericht in Brünn hat die rassistischen und völkerrechtswidrigen Dekrete als „legale und legitime Akte“ bezeichnet. Auch die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik, die wie alle Deutschen durch die Beneš-Dekrete rechtlos gestellt wurde, wird nach wie vor von der Eigentumsrestitution ausgeschlossen.

Es ist daher absurd und zynisch, wenn Zeman jetzt gegenüber der tschechischen Nachrichtenagentur CTK erklärt (siehe „Welt“ vom 10. März), gemeint sei mit seiner Äußerung, „daß wir einem in Tschechien investierenden deutschen Unternehmer nicht mehr auf der Grundlage der Beneš-Dekrete sein Eigentum konfiszieren können“.

Die Sudetendeutschen fordern eine klare Aufhebung der völkerrechtswidrigen Beneš-Dekrete durch das tschechische Parlament und die Regierung. Dabei würde auch eine folgenlose Distanzierung von Unrecht nicht genügen. Notwendig sind vielmehr Ansätze und Maßnahmen zur Heilung des Vertreibungsunrechts. Die Sudetendeutschen fordern Prag erneut zu direkten Gesprächen hierüber auf. Dazu erwarten sie auch die Unterstützung der Bundesregierung. Es ist empörend und herabwürdigend, daß auch Bundeskanzler Schröder bei seinem Auftritt mit Zeman vor der Presse nicht in einem einzigen Satz vom Unrecht der Vertreibung gesprochen hat.

Die Sudetendeutschen danken dem bayerischen Landtag für den auf Initiative der CSU-Fraktion und mit den Stimmen der CSU verabschiedeten Beschluß, der die Aufhebung der Beneš-Dekrete und des sogenannten Amnestiegesetzes vom Mai 1946 fordert. Der Landtag kritisiert außerdem zu Recht die Verweigerung des „diplomatischen Auslandschutzes“ durch die Bundesregierung hinsichtlich des Vermögens der Sudetendeutschen in der Tschechischen Republik. Es ist bemerkenswert, daß sich auch der frühere Außenminister Kinkel dieser Kritik angeschlossen hat.

Wieder ein Stück Unrecht aus dem Weg geräumt

Es hilft zwar den Vertriebenen nichts, aber dieses kürzlich gefällte Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtes in Brünn ist ein weiterer Tropfen auf den Stein der Restitutionsverweigerung: Tschechien muß künftig auch Objekte, die der Staat als „nationale Kulturgüter“ eingestuft hatte, an die früheren Eigentümer zurückgeben. Konkret ging es in dem Verfahren vor dem Brünnener Höchstgericht um den Fall des Prinzen Milan Lobkowicz, der die tschechische Präsidentschaftskanzlei auf Rückerstattung von zwei Objekten auf dem Prager Hradschin geklagt hatte. Was im Rahmen der Restitutions zurückgegeben werde, entscheide zwar nach wie vor die Regierung, so das Brünnener Gericht. Die Herausgabe von Objekten dürfe aber nicht mit dem Hinweis auf Denkmalschutzbestimmungen hinausgezögert werden. Das Lobkowicz-Palais zählt zu den schönsten Bauwerken in Prag. Die Familie Lobkowicz hat seit der Wende 1989 bereits elf Schlösser und Burgen zurückerhalten.

1919 – 1999: Selbstbestimmung – Recht und Unrecht

Fast tausend Sudetendeutsche und deren Freunde waren am 6. März 1999 in den großen Festsaal des Kongreßhauses in Wien 5 gekommen, um mit Bundesminister Dr. Werner Fasslabend des Massakers vor achtzig Jahren zu gedenken.

Nach dem Einzug der zahlreich gekommenen Trachten- und Fahnenräger und einem Musikstück des Marchfelder Bläserkreises begrüßte Bundesobmann Karsten Eder die zahlreich erschienenen politischen Mandatäre, diplomatischen Repräsentanten und Vertreter der Verbände. Die lange Liste der Ehrengäste:

Gesandter Dr. Andreas Somogyi als Vertreter des Außenministeriums, der 3. Präsident des Nationalrates Univ.-Prof. Mag. Dr. Willi Braunecker (FPÖ), Altpräsident des Rechnungshofes Dr. Tassilo Broesigke, die NR.-Abg. Dr. Martin Graf (FPÖ), Dkfm. DDr. Friedrich König (ÖVP), Dr. Harald Ofner (FPÖ), vom Wiener Landtag Stadtrat Johann Herzog (FPÖ), Klubobmann LAbg. Johannes Prohaska (ÖVP) und Stellv. Vorsitzender der Österreichisch-tschechischen Gesellschaft mit Klubobmann-Stellvertreter der ÖVP-Fraktion, Bezirksrätin Brigitte Feltein, die FPÖ-LAbg. Barbara Schönagl, Mag. Helmut Kowarik, Reg.-Rat Hubert Rogelböck und Gerhard Zeihlsel (i. R.), den Prager Deutschen Dr. Rüdiger Stix (fraktionsfrei) und für den 5. Gemeindebezirk Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Eva Engl-Eckhart und der Hauptredner Bundesminister Lm. Dr. Werner Fasslabend, Dkfm. Dr. Wolfgang Steffanides, Obmann-Stellvertreter der österreichischen Landsmannschaft, die SLÖ-Landesverbände, P. Dr. Bernhard Demel, Leiter des Deutschordenszentralarchivs, Bundesvorsitzender Dipl.-Ing. Rudolf Reimann, Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) und Vertretungen der Donauschwaben, Siebenbürger Sachsen, Präsident Reg.-Rat Ettl und 1. Vizepräsident Josef Mord an der Spitze der österreichischen Landsmannschaften und Heimatvereine mit Abordnungen der Kärntner Landsmannschaft, dem Verein „Edelweiß“, der Landsmannschaft der Niederösterreicher, Tiroler und Südtiroler. Presseattaché Podivinsky in Vertretung des verhandelten tschechischen Botschafters Jiri Gruša, Botschaftsrat Mateusz Kujawa (Polen), Bezirksrat Josef Eichmair vom VdSt Sudetia / Sudetenland 2000 mit zwei Chargierten, eine Abordnung der Sudetendeutschen akad. Landsmannschaft Zornstein von der Montan-Universität Leoben in Bergkitteln, Dr. Ernst Kosmath vom Arbeitskreis 3K, Ivan Zupa von der ORF-Minderheitenredaktion „Heimat, fremde Heimat“ mit Kameramann, Dkfm. Mag. Eduard Knapp vom Diplomatischen Pressedienst, Wolfgang Oberleitner (ehemals „Die Presse“), von den sudetendeutschen Inter-

Grußwort des Bundespräsidenten

„Zum 80. Jahrestag des eindrucksvollen Bekenntnisses der deutschsprachigen Einwohner der ehemaligen Kronländer Böhmen und Mähren zur Republik Österreich entbiete ich allen Teilnehmern am Gedenktag 1999 besonders herzliche Grüße.

Ich danke der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, daß sie die Erinnerung an die ereignisreichen Tage im März 1919 über die Jahrzehnte hinweg wach hält und bereit ist, dies auch in Zukunft zu tun. Sie leistet damit einen wichtigen und notwendigen Dienst an der historischen Wahrheit.

Die unermüdete Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaften hat jedenfalls auch wesentlich zum Dialog beigetragen, durch den die Geschichte der Völker in Mitteleuropa während des nunmehr zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts aufgearbeitet werden kann. Wir dürfen nicht zulassen, daß Verdrängung und Verschweigung die Untaten im Gefolge der Vertreibung der Sudetendeutschen im Jahre 1945 vergessen lassen.

So grüße ich auf diesem Weg alle Mitglieder und Freunde der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich und wünsche ihnen viel Kraft und Verbundenheit untereinander und mit ihrer alten und neuen Heimat.“

Thomas Klestil

essensgemeinschaften Klemensgemeinde Ing. Gerhard Freissler und Witikobund Eva Grill, die meist im Medienmittelpunkt stehende Goldhauben-Trachtengruppe der Teßtaler aus Leoben mit Bezirksobmann Rudi Czermak, Mag. Herbert Muskoteu, Gesellschaft für internationale Information, KR Dkfm. Johann Ludwig, Bund der Südmährer Thaya, Dr. Gottlieb Ladner, Obmann des Dachverbandes der Südmährer, Dr. Hans Halva, Vorsitzender der Bundeshauptversammlung der SLÖ, Bundeskulturreferent Prof. Wolf Kowalski und die Mitgestalter der Gedenkstunde, den Marchfelder Bläserkreis und den Männerchor Falkenstein.

Anschließend verlas Bundesobmann Karsten

Grußwort des Sprechers der Sudetendeutschen, Franz Neubauer

„Vor achtzig Jahren, am 4. März 1919, wurden die friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer Reihe von sudetendeutschen Städten mit Waffengewalt niedergeschlagen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien für ein friedliches und gutnachbarschaftliches Zusammenleben der Völker und Volksgruppen. Wo es verletzt wird, sind schwere Konflikte unvermeidlich, man denke nur an die Kosovo-Albaner, die Tibeter und Kurden, an Ost-Timor und an die Konflikte in Bosnien und im Nahen Osten.

Zum Wesen des Selbstbestimmungsrechts gehört zumindest ein echtes Volksgruppenrecht, das die freie und eigenständige Entwicklung der jeweiligen Minderheit oder Volksgruppe ermöglicht. Ein solches Volksgruppenrecht schafft keine Konflikte, sondern kann diese beenden. Auch dafür gibt es viele Beispiele, etwa in Südtirol, in Katalanien, in Belgien und in Ungarn. Dagegen führt die völlige Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts zu Span-

nungen und Konflikten, die generationenlang andauern können, so lange, bis eine gerechte Lösung gefunden wird.

Den Sudetendeutschen ist in diesem Jahrhundert bisher noch keine Gerechtigkeit geschehen. 1918/19 wurden sie mit ofener Gewalt in einen tschechoslowakischen Staat gezwungen, zu dem sie nicht gehören wollten und von dem sie schlecht behandelt wurden, 1938 brachte das Münchener Abkommen den Sudetendeutschen die vermeintliche Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts. 1945/46 kam es zu der historisch beispiellosen Vertreibung und Enteignung fast der gesamten Volksgruppe, der denkbar schwersten Verletzung des Selbstbestimmungsrechts überhaupt.

Ich appelliere an alle Sudetendeutschen, sich von momentanen Schwierigkeiten nicht entmutigen zu lassen, sondern unbeirrbar an der Verwirklichung der Rechte der Volksgruppe weiterzuarbeiten.

Es gibt genug Entwicklungen, die uns Hoffnung geben, vor allem die europäische Einigung.

Eder die Grußworte von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil, Bundeskanzler Mag. Viktor Klima, Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel und dem Sprecher der Sudetendeutschen, Franz Neubauer.

Totenehrung durch Dr. Hans Halva

Vorgestern vor achtzig Jahren haben sämtliche politische Parteien des Sudetenlandes, einer Initiative der Sozialdemokraten folgend, zum Generalstreik am 4. März 1919 aufgerufen.

Der örtliche Aufruf lautete:

Volksgenossen! Am Dienstag, den 4. März l. J., als dem Tage des Zusammentrittes der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in Wien, wird in ganz Deutschböhmen und Sudetenland ein allgemeiner Generalstreik durchgeführt, als Protest gegen die gewaltsame Verhinderung der Wahlen in diesen rein deutschen Gebieten durch die Tschechen, aber

Grußwort des Bundeskanzlers

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Die heutige Gedenkveranstaltung steht im Zeichen der Erinnerung an die Ereignisse des 4. März 1919, als mehr als 50 Menschen zu Tode kamen, die einem Aufruf aller politischen Parteien folgten und friedlich für das Recht auf Selbstbestimmung demonstrierten. Ihr Schicksal steht am Beginn des Leidensweges der Sudetendeutschen, der Jahrzehnte später in der Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat gipfelte.

Auch in der Geschichte der Sudetendeutschen spiegelt sich einmal mehr das Unrecht wider, das in diesem Jahrhundert auf europäischem Boden geschehen ist. Viele unter Ihnen können selbst noch Zeugnis dafür ablegen, wohin eine Politik führt, die nicht auf die Achtung der Würde aller Menschen aufbaut. Ihr Schicksal ist uns Mahnung und Warnung zugleich.

Die Erinnerung an dieses Unrecht muß in uns das Bewußtsein stärken, daß es ohne Demokratie, Toleranz und Menschenrechte kein friedvolles Zusammenleben zwischen Nationen und nationalen Minderheiten geben kann. Wir brauchen das offene Gespräch über die dunklen Kapitel der Vergangenheit, die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung. Das gilt für alle Staaten in Europa. Ich begrüße es daher sehr, daß viele Staaten Europas begonnen haben, noch vorhandene dunkle Kapitel ihrer Vergangenheit aufzuarbeiten. Es geht darum, vorbehaltlos aufzuklären, die Strukturen des Unrechts freizulegen, dieses Wissen an die nachkommenden Generationen weiterzugeben und dort, wo es noch möglich ist, faire Lösungen für die Opfer zu finden.

Und es geht darum, die richtigen Lehren zu ziehen. Zu diesen Lehren zählt für mich die europäische Integration, die vor allem auch ein Prozeß der Versöhnung und des Aufeinanderzugehens ist. Die Aufgabe meiner Generation ist es, diese faszinierende Idee der Zusammenarbeit und Integration auch in die ost- und mitteleuropäischen Staaten hineinzutragen. Europa muß zu einem gemeinsamen Haus für alle seine Bürger werden, dessen Fundamente Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit sind.

In diesem Sinne möchte ich der Gedenkveranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern meine herzlichen Grüße übermitteln.

Viktor Klima

Grußwort des Außenministers

„Liebe Landsleute!

Aus Anlaß des 80. Jahrestages des Bekenntnisses der Sudetendeutschen zu Österreich übermittle ich Ihnen meine besten Grüße. Gleichzeitig gedenke ich mit Ihnen der damals für dieses Bekenntnis zu Österreich Gefallenen. Wir wissen heute, daß zwischen der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes im Jahre 1919 und der Vertreibung der Sudetendeutschen im Jahre 1945, die zahlreiche Todesopfer gefordert hat, ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Die österreichische Bundesregierung und ich in meiner Funktion als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten setzen sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachhaltig für die Anliegen der Sudetendeutschen ein. Unsere Bemühungen haben einige Fortschritte, wenn auch noch nicht zufriedenstellende, gezeigt. Sie haben zumindest zum Beginn eines langsamen Umdenkprozesses in der Tschechischen Republik geführt.

Die schrittweise Einbindung der Tschechischen Republik in die europäische Rechts- und insbesondere Menschenrechtsordnung ist nach Ansicht der Bundesregierung der zielführendste Weg, den Anliegen der Vertriebenen, die sich in Österreich eine neue Heimat aufbauen konnten, gerecht zu werden und gleichzeitig die Gewähr zu bieten, um den Frieden in Europa zu stärken. Das Bekenntnis zu Österreich ist auch ein Bekenntnis zu einer umfassenden Friedensordnung in Europa.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Land weiterhin die Treue zu halten, damit das Opfer der Gefallenen vom 4. März 1919 nicht umsonst war.

Wolfgang Schüssel

auch als Massenkundgebung gegen die mit der Notenabstempelung verbundene Zurückbehaltung der Hälfte alles Barvermögens durch den tschechoslowakischen Staat!

An diesem Tage ruhe jegliche Arbeit in Fabrik, Werkstätte, Geschäft, Kanzlei und Schulstube, damit der Welt die einmütige Empörung des ganzen deutschen Volkes im Sudetenland anschaulich vor Augen geführt werde! Deutsche Eltern, schickt an diesem Tage Eure Kinder nicht in die Schule! Deutsche Bürger, Arbeiter und Angestellte, Gewerbetreibende und Kaufleute, verleiht Eurer Erbitterung über die einschneidenden volkswirtschaftlichen, völkerrechtswidrigen Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung, die der Entscheidung der Friedenskonferenz vorgreifen, durch allgemeine Arbeitsruhe und Geschäfts-



Bundesminister Dr. Werner Fasslabend bei der Gedenkrede.

sperre am Dienstag, den 4. März 1919, deutlichen Ausdruck!

Sämtliche politische Parteien des Sudetenlandes.

Dr. Halva erinnerte dann an die Ereignisse vor dem 4. März 1919. Die am 2. Jänner 1918 verkündeten „14 Punkte“ Präsident Wilsons – Punkt zehn lautete: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz wir im Kreise der Nationen gefestigt und gesichert sehen wollen, ist die Möglichkeit zur unbehinderten und autonomen Entwicklung einzuräumen“, hat offensichtlich aber nur für die „Siegerstaaten“ und was sich dazu zählte, gegolten. Am 28. Oktober 1918 wurde in Prag die CSR ausgerufen, die gewaltsame systematische Besetzung der Sudetengebiete durch bewaffnete Tschechen (Sokol-Milizen, die berüchtigten heimgekehrten Legionäre aus Rußland, Frankreich und Italien). Solche Freischärlertruppen haben dann auch am 4. März 1919 in einigen Städten, wie Kaaden, Mies, Reichenberg, Aussig, Karlsbad, Sternberg usw., in die unbewaffneten sudetendeutschen Demonstranten blindwütig – teils wohl auch aus Angst – gefeuert. 54 Tote waren die ersten Opfer für das Selbstbestimmungsrecht und damit dem Verbleib der sudetendeutschen Heimat bei Deutsch-Österreich. Seither ist der 4. März ein Trauertag der sudetendeutschen Volksgruppe, aber auch ein Trauertag für alle Menschen, gleich welcher Herkunft, die den Glauben an das Recht in sich tragen und auf der Grundlage des Rechts den Frieden in dieser Welt schaffen wollen.

Diese Todesopfer und die über tausend Verwundeten sind eine Hypothek für das deutsch (speziell sudetendeutsch)-tschechische Verhältnis in der heutigen CR. Geblieben ist auch der abgründige hussitische Haß gegen alles deutsch-Habsburgische, dessen letzte Auswirkungen wir als Vertriebene nach dem Jahr 1945 zu spüren bekommen haben im Schlachtruf: „Schlagt zu, tötet, verschont niemanden!“ – 241.000 Tote bei Todesmärschen, willkürlichen



Bundesobmann Karsten Eder mit Chargierten der „Zornsteiner“-Leoben.

„Hinrichtungen“, Massakern in tschechischen Konzentrationslagern und Selbstmorden. Die Ursachen für 1945 liegen sicher schon bei 1918/19.

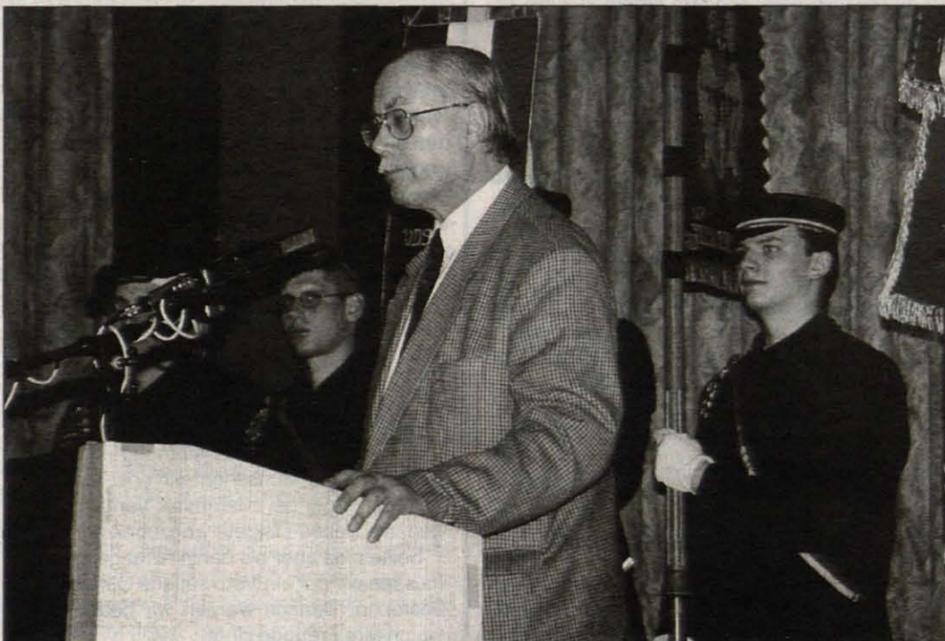
Die Erinnerung an all diese Toten trägt uns die unerläßliche Verpflichtung auf, für Recht und Freiheit aller Menschen und Völker einzutreten und alles in unserer Macht stehende vorzukehren, damit sich 1919 und 1945 nie mehr wiederholen.

Und Dr. Halva abschließend: „Wir verneigen uns in Dankbarkeit und Ehrerbietung vor allen unseren Toten.“

Nun erhoben sich alle Teilnehmer von ihren Sitzen und gedachten bei der Musik des Liedes vom guten Kameraden aller Toten, und so manches Auge wurde feucht.



Ehrgäste beim Totengedenken (v. l. n. r.): Prof. Mag. Wolf Kowalski, NR-Abg. Dr. Martin Graf (FPÖ), Karsten Eder, Dr. Fasslabend, DI Rudi Reimann, Klubobmann Johannes Prohaska (ÖVP Wien), 3. Präs. Dr. Brauner, NR-Abg. Ofner, Gesandter Somogyi, LAbg. Barbara Schönagel und Mag. Kowarik.



Bundeskulturreferent Prof. Mag. Wolf Kowalski beim Schlußwort.

Schlußwort von Prof. Wolf Kowalski

Mag. Kowalski dankte Bundesminister Dr. Fasslabend für seine fundierte Rede, die ein Beweis der Solidarität mit der sudetendeut-

schen Volksgruppe sei, den wir wohl zu schätzen wissen. Er dankte namens der Veranstalter den vielen Mitwirkenden, die auch schon bei der Begrüßung genannt wurden.

Kowalski bezeichnete den 4. März 1919 als ersten Schritt in die Tragödie unseres Jahrhunderts. Die Auflösung der Monarchie hinterließ schutzlose Minderheiten. Der Minderheitenschutz ist bis heute nicht verwirklicht – das Kurden- und Albanerproblem zeigen es beispielhaft. Die Mehrheitsvölker verlangen mit Recht Loyalität, die Sudetendeutschen haben es in der 1. CSR an Staatstreue nicht fehlen lassen – erst die Unterdrückung und laufende Benachteiligung hat Autonomieforderungen gebracht. Die Antwort war die ethnische Säuberung. Unrecht verjährt nicht, weder kollektiv noch individuell, das beweisen uns die jüdischen Opfer, die mit ihren Schadenersatzforderungen auf einem erfolgreichen Weg sind, und auch das hat lange gedauert: Das Auseinandergehen ist leicht, es geht schnell, Wiederausammenfinden ist schwer, es dauert lange, das zeigt Bosnien, selbst die Wiederherstellung der zerrissenen Wirtschaftsbande ist mühsam.

„Daß wir heute hier anwesend sind, ist Beweis, daß nichts geregelt ist“, betonte der Abschlußredner. Mit der von den Teilnehmern gemeinsam gesungenen Österreichischen Bundeshymne und mit dem Auszug der Trachten- und Fahnenträger endete diese große Kundgebung gegen das Vergessen. G. Zeihsel

Blut muß fließen – für einen guten Zweck

Am Vortag hatte die Sudetendeutsche Jugend Österreichs (SDJÖ) wieder zu einer Blutspendeaktion in die Blutspendenzentrale des Roten Kreuzes eingeladen. Zum Gedenken an diese ersten Blutopfer unserer Volksgruppe, die für das Selbstbestimmungsrecht ihr Blut vergießen mußten, organisierte der Jugendverband eine Aktion, die Leben retten soll. Damit wurde der Unterschied zum unnötigen Blutvergießen durch die tschechische Soldateska am 4. März 1919 deutlich gemacht.

Zeitzeugen des 4. März 1919 gesucht

Aus gegebenem Anlaß wurden wir gebeten, Zeitzeugen zu den Massakern am 4. März 1919 namhaft zu machen. Da dies aus Altersgründen fast unmöglich ist, kommen auch Landsleute in Frage, die von ihren Eltern und Verwandten „hautnah“ darüber erfahren.

Bitte nehmen Sie diesbezüglich Kontakt mit uns auf: Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) – Bundesverband, A-1030 Wien, Steingasse 25, Telefon 718 59 19. Fax 718 59 23. Montag bis Freitag, von 9 bis 13 Uhr, sonst Anrufbeantworter.

Kavans Verschleierungstaktik: Beneš-Dekrete „ausgelöscht“

Der bereits von zahlreichen tschechischen Politikern praktizierten Verschleierungstaktik bezüglich der Beneš-Dekrete schloß sich nun auch Außenminister Jan Kavan in einem Interview mit der tschechischen Zeitung „Pravo“ an: Nach Kavans Auffassung ist es nicht nötig, die Dekrete aufzuheben, weil diese von späteren Gesetzen überwunden worden seien. Im Jahre 1945 habe die Verfassung aus dem Jahr 1920 gegolten, die es erlaubt habe, Privatbesitz entschädigungslos zu enteignen. Die Dekrete seien daher verfassungsgemäß gewesen. Die gegenwärtige Verfassung lasse dies nicht mehr zu. Die älteren Gesetze seien aber, so Kavan, deshalb nicht explizit aufgehoben, weil diese mit der Zeit von neuen Gesetzen „überlagert“ worden seien und die älteren „natürlich ausgelöscht sind“. Dasselbe gelte auch für den Begriff „feindlich“, sagte Kavan in Anspielung darauf,

daß die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg in der damaligen Tschechoslowakei als „Feinde“ wahrgenommen wurden. „Auch dies ist selbstverständlich überwunden, beide Staaten sind NATO-Mitglieder und Verbündete. Allerdings hat niemand diese Bestimmung des entsprechenden Dekretes aufgehoben, sie sei aber überwunden und gelöscht“, sagte der Außenminister. SLÖ-Obmann Karsten Eder zeigt sich von Kavans Äußerungen wenig beeindruckt: Die Formulierung, daß es sich bei den Beneš-Dekreten um totes Recht handle, werde immer wieder verwendet. Dies sei, so Eder, die übliche Verschleierungstaktik tschechischer Politiker. Dem stehe jedoch die Rechtsprechung des Brünners Verfassungsgerichtes entgegen. Dieses hatte etwa 1995 im Restitutionsstreit des Reichenbergers Rudolf Dreithaler die Gültigkeit der Beneš-Dekrete ausdrücklich bestätigt.

Warum nicht auch Restitution für vertriebene Sudetendeutsche?

Am 9. März fand im Kunsthistorischen Museum eine Diskussion über den Kunstraub an den Juden und die teilweise Raubsicherung durch das Nachkriegs-Österreich statt. Der Titel lautete: „Restitution – warum erst jetzt?“

Dazu meint der Bundesreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel, daß die Sudetendeutschen in Österreich die Rückgabe von „erpreßten“ Kunstgütern an die ehemaligen Eigentümer bzw. deren Erben begrüßen, ist sie doch für einen Rechtsstaat selbstverständlich.

Zeihsel fordert die österreichische Bundesregierung und die Medien auf, das Unrecht beim Kunstraub am Haus Liechtenstein wahrzuneh-

men und in diesem Sinne auch die widerrechtliche und kollektive Enteignung der Altösterreicher in der damaligen CSR gegenüber der Regierung der heutigen CR zu verurteilen und dementsprechend zu handeln bzw. zu informieren. Es darf doch nicht selbstverständlich sein und bleiben, daß Sudetendeutsche Teile des ihnen geraubten Eigentums heute noch nur in tschechischen Museen und Repräsentationsräumen besichtigen können.

Eine sudetendeutsche Diskussionsveranstaltung „Restitution – warum gar nicht?“ ist mehr als notwendig und sollte alle Österreicher und besonders deren Repräsentanten und Vertreter nachdenklich werden lassen, schloß Zeihsel.

Große Gedenkrede von Verteidigungsminister Fasslabend beim 4.-März-Gedenken: Die Beneš-Dekrete müssen fallen!

Eingangs seiner großen Rede dankte Bundesminister Werner Fasslabend allen Anwesenden für ihr Kommen, freute sich, daß der Saal überfüllt sei, weil dies ein Zeichen für die Gemeinsamkeit der angesprochenen Landsmannschaften und Landsleute ist und setzte fort: „Für eine Gemeinsamkeit, die sich in diesen Tagen einen der schwierigsten Kapitel des eigenen Lebens, aber auch der europäischen Geschichte widmet. Manche mögen vielleicht theoretisch fragen: Macht es überhaupt noch Sinn, achtzig Jahre nach den Ereignissen vom 4. März 1919 darüber zu diskutieren, macht es heute noch Sinn, über das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen zu diskutieren, wo sie ja schon fast ein halbes Jahrhundert aus der Heimat vertrieben worden sind? Macht es Sinn, im Angesicht des Jahres 2000 noch über das Jahr 1919 zu sprechen? Darauf kann es nur eine eindeutige Antwort geben: Ja, es ist notwendig, wenn im 21. Jahrhundert nicht die gleichen Fehler und Verbrechen begangen werden sollen, wie das im 20. Jahrhundert der Fall war. Man kann es aber viel unmittelbarer sagen: Wir alle sind geradezu verpflichtet, uns mit der politischen Ordnung, die damals 1918/19 in Europa neu etabliert wurde, auseinanderzusetzen. Gerade deshalb, weil wir in den neunziger Jahren dieses Jahrhunderts, weil wir 80 Jahre danach, die Auflösung so mancher Ordnungsbestandteile von damals erkennen. Sei es das friedliche Auseinandergehen von Tschechen und Slowaken oder sei es die gewaltsame Auflösung vom ehemaligen Jugoslawien und damit eine Situation, die uns nicht nur jetzt, sondern mit Sicherheit noch im nächsten Jahrzehnt ganz unmittelbar betreffen wird, vielleicht sogar unsere eigene persönliche Sicherheit mit einschließen wird. Deswegen ist es wert, ein wenig Rückblick zu halten auf diese Frage der Ordnung, auf die Voraussetzungen, die damals bestanden haben. Wie ist es überhaupt zu dieser großen Streitfrage gekommen zwischen Tschechen und Deutschen, die ein Jahrtausend miteinander gelebt haben, miteinander und nebeneinander gelebt haben und die dieses Land Böhmen, Mähren und Schlesien zu einer der blühendsten Regionen Europas gemeinsam gemacht haben, zum Herz Europas, industriell und kulturell? Wie konnte es dazu kommen? Sicher muß man in der Zeit nach der Französischen Revolution ansetzen, im Entstehen des außerordentlich starken Nationalismus in ganz Europa. Schon dort können wir sehen, daß die Anfangsphase noch eine gemeinsame war, auch zwischen den Tschechen und den Deutschen. Herder, der große deutsche Philosoph war es im wesentlichen, der den Impuls für den slawischen Nationalismus gegeben hat. Es war anfangs kein Gegensatz, auch wenn manches spürbar war.“

Und selbst dann in dem Zeitpunkt, als die Entwicklung sichtbar auseinandergegangen ist, 1848 im großen Revolutionsjahr, hat es noch sehr viel Gemeinsamkeit gegeben. Gemeinsam haben Deutsche und Tschechen in Prag für die bürgerlichen Freiheiten gekämpft, aber zum ersten Male ist auch sichtbar geworden, daß etwa bei der Beschickung der Paulskirchenversammlung in Frankfurt die Tschechen nicht dabei waren, weil offensichtlich das nationale Gefühl bereits so ausgeprägt war. Es hat dann seine Fortsetzung gefunden in der Trennung der Technischen Hochschule und der Alten Karlsuniversität, und es hat sich fortgesetzt in unzähligen politischen Diskussionen.“

Dann kommt der Minister auf die Entstehung des gemeinsamen Begriffes der Sudetendeutschen im Jahre 1902 zu sprechen. Er ist entstanden, weil damals erst das politische Problem aufgetaucht ist, daß es darum gegangen ist, Gemeinsamkeiten zwischen den deutschen Gruppen und Gebieten herzustellen, um gemeinsame nationale Interessen vertreten zu können. Unter anderem deshalb, weil es im Böhmisches Landtag eine eindeutige Majorisierung gegeben hat und weil es die Zentralstellen Österreichs 1892 versäumt haben, den Antrag, auf ethnische Kreise und damit die Selbstverwaltung der Deutschen und der Tschechen jeweils für ihren Bereich regeln zu können. Wahrscheinlich war dies einer der ganz großen politischen Fehler, der besonders den Zusammenhalt Böhmens, aber auch ganz Österreichs in Frage gestellt hat. Eine Frage, die dann 1918/19, als das Selbstbestimmungsrecht, als das Nationalitätenprinzip im Gegensatz zu dem bis dahin herrschenden Universalitätsprinzip in Europa als politisches Ordnungsprinzip durchgeschlagen hat, relevant geworden ist. So war es in ganz Europa, Rußland und in der Türkei.

Nationalitätenprinzip

1918/19 ist es auf Grund der Entwicklung der Gegebenheiten in Frage gestellt worden und in eine Neuordnung übergegangen.

„Man mag dazu stehen wie man will, heute ist das Nationalitätenprinzip fast überall anerkannt, aber eines muß man sagen: Dann stellt sich natürlich auch die Frage, warum es so – und zwar so einseitig – durchgezogen worden ist und nicht anders? Man stellt sich einfach die Frage, war es ein neues Ordnungsprinzip oder war es nur der Versuch einer neuen Ordnung unter dem Gesichtspunkt, einfach die Interessen von Siegermächten durchzudrücken? Ansonsten wäre es ja gar nicht denkbar gewesen, daß man einer Volksgruppe von 3,5 Millionen Menschen – dies waren damals mehr als die Norweger, ungefähr so viel wie die Dänen, mehr als die Esten oder die Letten oder die Litauer und mehr als die Slowenen, denen man dieses Recht zugestanden hat, oder Albaner und viele andere –, daß man denen das Recht versagt hat. Es hat ganz klare Auffassungen und Tendenzen dazu gegeben und zwar von beiden Seiten, nicht nur die provisorische Nationalversammlung Österreichs, das ganz klar deklariert, einzeln aufgeführt, mit der Anzahl der Bewohner, das kann man nachlesen 1918/19. Es wurde aufgeschrieben, wieviele Deutsche und wieviele Tschechen laut Volkszählung 1910 in den einzelnen Regionen gewohnt haben. Man hat damals bereits Südmähren und Südböhmen organisatorisch zu Niederösterreich gestellt und den Böhmerwaldgau zu Oberösterreich. Dazu kam Deutschböhmen, wie man das Egerland bezeichnet hat, dazu kamen auch Westschlesien, Nordmähren und Nordostböhmen. Selbst die großen Sprachinseln sind aufgezählt worden: es war Brünn, Olmütz, Iglau – aufgeteilt in einen böhmischen und einen mährischen Teil – das heißt, das Bewußtsein der Menschen war vorhanden.“

Provisorische Nationalversammlung

„Es sind auch Delegierte aus dem gesamten Sudetenland gekommen – in die provisorische Nationalversammlung nach Wien –, weil es eigentlich für alle das Selbstverständlichste war, daß das die Lösung sein soll. Man hat sich bei den Siegermächten damals anders entschlossen, man hat sich entschlossen, die alten historischen Grenzen Böhmens anzuerkennen, man hat nicht Rücksicht genommen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern man hat andere Kriterien herangezogen. Da stellt sich die Frage: War das zu Recht? Mit Sicherheit nicht, weil es das andere Ordnungsprinzip durchbrochen hat und mit Sicherheit nicht, weil man in anderen Fragen durchaus darauf keine Rücksicht genommen hat, sonst wäre es unabhängig von allen anderen Fragen, die jetzt die Steiermark oder Tirol betreffen etc., undenkbar gewesen, daß man ja doch Grenzkorrekturen durchgeführt hat, etwa in Gmünd und in Feldsberg und im Thaya-March-Dreieck oder daß man das Hultschiner Ländchen einfach zur CSR dazugefügt hat, obwohl es eigentlich keinen historischen Ansatzpunkt gegeben hat und vieles andere mehr. Dann hätte man auch bedenken müssen, daß das Egerland nie integraler Bestandteil der Wenzelskrone war, sondern daß es ein Pfand war, das der Wenzelskrone übergeben wurde und damit eine ganz andere Rechtsbasis vorhanden war, auch unter diesen historischen Gesichtspunkten. Wenn von vornherein die Voraussetzung bestanden hätte, dieses neue Zusammenleben, diese Neuordnung auch so zu gestalten, daß jeder Teil zu seinem Recht kommt.“

Schwerstes Unrecht – größte Frechheit

„Aber das, was passiert ist, das ist ja auch Ausdruck des heutigen Gedenktages, das war eines der schwersten Unrechte, die es gegeben hat, nämlich, daß den Menschen, die gerade im Sinne des neuen Geistes, des Selbstbestimmungsrechtes für die Völker, dafür demonstriert haben, daß sie sich entscheiden dürfen, wohin sie gehen wollen, daß man es ihnen nicht nur verwehrt hat, sondern daß die militärischen Kräfte der damaligen Besatzungsmacht – anders kann man es rechtlich nicht bezeichnen – wild in die Menge hineingeschossen haben. Ob aus Wut oder aus Angst, darüber möchte ich gar nicht urteilen. Zweifelsohne ist damals die erste Gruppe der Sudetendeutschen bei Nacht und Nebel auch über die Grenze gegangen nach Bayern und nach Österreich, nicht freiwillig, sondern weil sie mußten, weil sie gewußt haben, daß für sie kein Platz mehr da ist. Zweifelsohne war dieses

Unrecht, das damals stattgefunden hat, eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das Entstehen der Sudetendeutschen Frage, die die 20er- und 30er Jahre in Mitteleuropa beherrschte. Einer der ganz unverdächtigen Zeugen, der unvergessene Landsmann Wenzel Jaksch, der nicht nur im harten Gegensatz zu Hitler gestanden ist, der selbst in die Emigration mußte, er hat die Ereignisse von damals in einen unmittelbaren Zusammenhang auch mit dem Münchener Abkommen gebracht. Ein Abkommen, das auf der anderen Seite für die tschechische Bevölkerung viel Unrecht und auch viel Leid mit sich gebracht hat. Auch darüber kann es keine Zweifel geben.“

Was dann gefolgt ist, ist sicherlich eine der dunkelsten Stunden nicht nur unserer eigenen Vergangenheit, sondern ganz Europas. Die Vertreibung – die Vertreibung nach 1945 – wo den Menschen nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf Freiheit genommen wurde, sondern wo sie vertrieben, enteignet, teilweise getötet, zu Zehn-, ja Hunderttausenden getötet wurden und im Anschluß noch diffamiert wurden, wenn sie darauf hingewiesen haben, daß das ein Unrecht war. Das ist wahrscheinlich politisch gesehen eine der größten Frechheiten, die es in den letzten Jahrzehnten je gegeben hat.“

Historisches Versäumnis

„Wir brauchen heute sicherlich nicht im Sinne einer Veränderung uns darüber unterhalten, ob ein den Sudetendeutschen 1918/19 gewährtes Selbstbestimmungsrecht nicht zu ganz anderen Lösungen auch in Europa geführt hätte. Zweifelsohne war es so, daß in anderen Landesteilen es ja dieses Selbstbestimmungsrecht auch regional gegeben hat. Auch wir in Österreich haben es in Anspruch genommen: Südkärnten ist auf Grund einer Volksabstimmung bei Österreich geblieben, und Ödenburg ist auf Grund einer Volksabstimmung verloren gegangen. Es hat ja die Möglichkeit damals gegeben, und damit wird eigentlich ganz klar dokumentiert, daß die Okkupation der sudetendeutschen Gebiete durch tschechisches Militär nicht auf rechtlicher Basis erfolgt ist, ja daß die Geschehnisse damals erfolgt sind, zu einem Zeitpunkt, wo nicht einmal die Friedensverträge noch in Kraft waren, wo es wirklich nur das Recht einer Besatzungsmacht war, die gewirkt hat. Das sollte uns zu denken geben. Was uns zu denken geben sollte, ist das, was sich daraus entwickelt hat, eben nicht Vergangenheit ist, die zu vergessen ist, sondern Vergangenheit ist, mit der wir uns beschäftigen müssen. Denn ich sehe durchaus einen sehr engen Zusammenhang zwischen dem, was in den 90er Jahren dieses Jahrhunderts passiert ist, und was 1919 passiert ist.“

Ethnische Säuberung

„Wenn ich etwa nur an den Begriff der ethnischen Säuberung in Bosnien und Herzegowina denke, wo ebenfalls versucht wurde, durch Vertreibung vielleicht Probleme in der Zusammenarbeit der Völker zu regeln. Das kann es nicht sein. Das was wir daher auch den Jungen mitgeben müssen, ist es einfach, daß es notwendig ist, sich damit auseinanderzusetzen, daß Vertreibung zweifellos kein Mittel zur Lösung von politischen Problemen gewesen ist und auch in Zukunft nicht sein darf. Daß alles unternommen werden muß, um das begangene Unrecht nicht nur zu brandmarken, sondern für die Zukunft zu verhindern.“

Unser Ziel ist es ja, nicht nur daran zu denken, uns selbst an schwierige Zeiten und Stunden zu erinnern, die Menschen tendieren ohnedies viel mehr dazu, sich an das Gute zu erinnern, Gott sei Dank, sondern das Wichtigste ist, daß wir diese Botschaft auch weitergeben, daß es notwendig ist, das Recht, Recht bleibt und das, was sich für mich darauf aufbaut, ist zweifellos eine ganz klare politische Zielsetzung: Daß das Dokument des größten Unrechtes in absehbarer Zeit verschwindet, die Beneš-Dekrete müssen fallen! Sie dürfen nicht aufrecht bleiben! Sie müssen nicht nur fallen, weil es ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenrechte ist, sie müssen nicht nur fallen, weil sie so viel Leid hervorgerufen haben, weil sie ein Fremdkörper in jeder auf Demokratie und auf Recht aufgebauten Ordnung in irgendeinem Staat sind, sondern sie müssen deshalb fallen, weil es undenkbar ist, daß derartige Bestimmungen noch Bestandteile der Rechtsordnung eines demokratischen Staates im 21. Jahrhundert sein können, das ist undenkbar für mich! Es wird oft vorgebracht, daß das juristisch einfach nicht machbar sei, daß das zu kompliziert sei. Ich spreche oft mit tschechischen

Freunden über diese Frage. Wenn ich alles glaube – natürlich ist es unangenehm, darüber zu diskutieren, in vielen Situationen, natürlich ist es nicht leicht, aus der heutigen Zeit einfach Rechtsakte oder Unrechtsakte von vor fünfzig Jahren zu korrigieren, natürlich ist es nicht einfach, juristische Patentlösungen dafür zu finden, aber niemand kann mir ernsthaft erzählen, daß es der gesammelten Jurisprudenz der CR nicht möglich sein sollte, eine Gesetzesbestimmung, eine Verfassungsbestimmung zu finden, die diesen Unrechtstatbeständen ein Ende setzen. Die einfach zukunftsorientiert ist, die es ermöglicht, daß zumindest dieser Akt endlich einmal beseitigt wird. Und ich halte das deshalb für notwendig, weil ich glaube, daß wir die nächste Generation nicht mit den Problemen der Vergangenheit belasten dürfen. Im Gegensatz zu vielen Anderen bin ich nicht nur ein Anhänger, der sagt, man muß vergeben, sondern auch sagt, man soll nicht vergessen.“

Nicht vergessen

„Die Sudetendeutschen sind aus ihrer Heimat vertrieben worden. Sie haben sie nicht vergessen, sie werden sie nicht vergessen, sie können sie nicht vergessen und dürfen sie auch nicht vergessen, weil es ein Stück einer tausendjährigen Geschichte ist, den dieses Europa mitträgt und ohne den dieses Europa viel ärmer wäre. Deshalb sehe ich gerade in der heutigen Zeit einen Auftrag dazu, sich dafür einzusetzen, dafür weiter politisch zu kämpfen, bis wir Schritt für Schritt die wichtigsten Unrechtstatbestände beseitigt haben und bis wir die Grundlage für das Recht auch erkämpft haben. Für das Recht, das jedem Menschen gebührt und das vor allem einer Volksgruppe von 3,5 Millionen Menschen gebührt! Ein politischer Kampf gegen das Unrecht, ein politischer Kampf für das Recht, eine politische Bewegung, die aus unseren Reihen getragen werden wird und die letztendlich auch Erfolg haben wird. Und dazu möchte ich Euch ganzen Mut zusprechen, dazu möchte ich Euch sagen, nicht aufzugeben, weil das auch eine der wichtigsten Eigenschaften unserer Vorfahren war. Ja sie waren leistungsstark und sie waren tüchtig und sie waren hartnäckig, sie haben nicht nachgelassen. Wenn wir nicht nachlassen, dann werden die Toten vom 4. März 1919 nicht unnötig gestorben sein, sondern für das Recht der Freiheit, für das Recht der Selbstbestimmung. Dann werden viele Schicksale nicht umsonst gewesen sein, dann wird das politische Bemühen nicht umsonst gewesen sein, sondern eine Voraussetzung für unsere Kinder und für unsere Kindeskiner, daß sie in einem System leben, in dem es nicht nur eine Ordnung gibt, sondern in dem es vor allem Recht gibt.“

In diesem Sinne rufe ich Euch zu: Treten wir gemeinsam an, die wichtigsten Ziele nicht nur anzustreben, sondern auch durchzusetzen. Ich bin sicher, daß wir dabei erfolgreich sein werden!“

Und die praktischen Konsequenzen, Herr Minister?

Dank gebührt Minister Fasslabend für die klare geschichtliche Darstellung des sudetendeutschen Schicksals.

Bei aller Begeisterung über seinen engagierten Vortrag beim 4.-März-Gedenken in Wien, muß eines gesagt werden. Es geht um das WIE: Die österreichische Bundesregierung will seit Jahren durch bilaterale Kontakte mit der CR die Beneš-Dekrete wegbekommen. Wir Sudetendeutschen wären die ersten, die dafür Beifall klatschen würden, wenn dies gelänge. Wir haben aber Jahrhunderte Erfahrung mit unseren ehemaligen tschechischen Freunden. Daher bestehen wir guten Grundes darauf, die Aufnahme der CR in die EU mit der Streichung der uns betreffenden Punkte der Beneš-Dekrete zu koppeln!

Bis knapp vor der Abstimmung über die EU-Aufnahme wünschen wir unserer Regierung Erfolg bei bilateralen Verhandlungen, die Beneš-Dekrete wegzubekommen!

Sollte dies aber bis dahin nicht gelingen, müssen wir auf ein Veto seitens Österreich bestehen. Danach werden wir beurteilen, wo unsere Freunde sind! Zei-

SLÖ-Obmann Eder: In Österreich wäre so etwas nicht möglich

Zur Aussage des deutschen Bundeskanzlers Schröder, anlässlich des Besuches des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman in Bonn, betonte der Sprecher der Sudetendeutschen, Franz Neubauer, in einer Pressemitteilung u. a., daß der deutsche Bundeskanzler mit dieser Aussage den Vertriebenen den „diplomatischen Schutz“ versagt. Gleichzeitig dürfte sein Verhalten einen Verzicht auf die privatrechtlichen Ansprüche der Sudetendeutschen zum Ausdruck gebracht haben, der die deutsche Bundesregierung regreßpflichtig macht.

Dazu erklärte der Bundesobmann und Sprecher der Sudetendeutschen in Österreich, Karsten Eder: „Was diesbezüglich in den Medien kolportiert wurde, würde im Gegensatz zum Amtseid der Verantwortlichen in Deutschland stehen und sollte bzw. müßte Konsequenzen auf rechtlicher Basis haben. Mehrere Medien haben dies auch aufgezeigt.“

Selbstverständlich ist Herr Schröder aber nur für Aussagen in Deutschland berechtigt und hat dies auch dort zu verantworten. Daher ist es für ihn nicht möglich, eine Vernachlässigung und Mißachtung der Ansprüche österreichischer Staatsbürger sudetendeutscher Herkunft vorzunehmen.

Ich halte es auch rechtlich nicht für vernünftig, wenn die österreichische Bundesregierung sich der Meinung von Herrn Schröder anschließt, würde es doch unserem demokratischen Rechtsempfinden widersprechen und als erneute Kindesweglegung durch Österreich empfunden und gewertet werden.

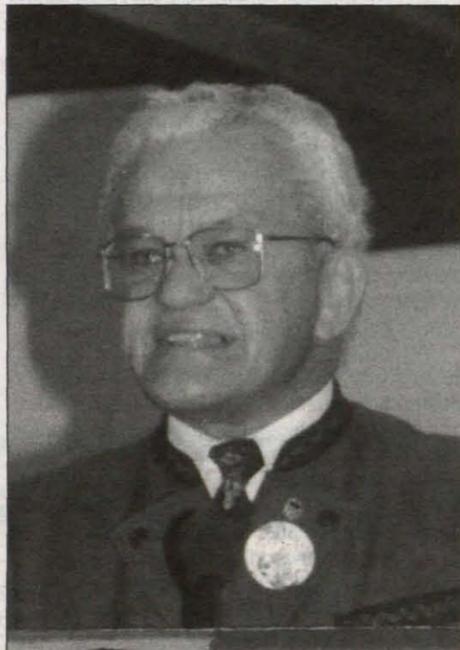
Wir sind schließlich Altösterreicher sudetendeutscher Herkunft, denen es nicht nur um materielle Angelegenheiten geht. Wir glauben, daß manche Politiker heute noch einen großen Nachholbedarf an geschichtlichem Wissen in bezug auf die Vorgänge in Mitteleuropa und damit jetzt einige Probleme bekommen könnten.

Wir fühlen uns mit unseren Landsleuten in Deutschland „völlig solidarisch. Wir glauben

aber, weil wir eine geschichts- und verantwortungsbewußtere Regierung in Österreich haben, daß derartige Mißgriffe wie in Deutschland, wo die neue Regierung glaubt, sie müßte ihre Wähler jetzt nicht mehr vollständig vertreten, bei uns nicht möglich sind und sein werden. Dieser Meinung sind wir.“

Höchtl: Verrat an den Sudetendeutschen

„Bei der Begegnung des deutschen Bundeskanzlers Schröder mit dem tschechischen Premier Milos Zeman ist es zu einem beispiellosen Verrat an den Sudetendeutschen gekommen. Schröders Handlung stellt damit einen eklatanten Bruch mit der bisherigen Politik Deutsch-



Karsten Eder: Derartige Mißgriffe sind bei uns nicht möglich...

lands dar, denn Deutschland hat sich stets für die Anliegen der Sudetendeutschen eingesetzt“, erklärte der ÖVP-Abgeordnete Josef Höchtl. „Für alle diejenigen, die die Auffassung vertreten, daß Unrecht niemals Recht werden dürfe, ist die eingennommene Haltung von Schröder und Zeman Anlaß, an beide zu appellieren, nicht ‚kaltblütig‘ über das Schicksal von 3,5 Millionen Betroffenen hinweg einen historischen Schlußstrich zu ziehen“, so Höchtl.

Graf: Schlag ins Gesicht der Vertriebenen

„Das ist ein weiterer Schlag ins Gesicht für alle Vertriebenen“, kommentierte der freiheitliche Vertriebenensprecher Martin Graf die Aussagen Schröders und Zemans. In dieser Äußerung zeige sich wieder einmal die sozialistische Haltung gegenüber den Menschenrechten. „Hier liegt eine klare Mißachtung vor.“ Es werde zwar ständig die Einhaltung der Menschenrechte eingefordert, doch im Falle der Vertriebenen scheine sich daran keiner zu erinnern. „Hier wird mit zweierlei Maß gemessen!“, so Graf.

Einen „un glaublichen Akt der Würdelosigkeit“, nannte der Wiener FPÖ-Stadtrat Johann Herzog die Haltung Schröders. Österreich sei nun verpflichtet, für die Sudetendeutschen in die Bresche zu springen. Es sei unverständlich, so Herzog, auf der einen Seite großartige Bereitschaft zur Restitution jüdischen Vermögens in Österreich und Deutschland zu zeigen, auf der anderen Seite aber die ebenso berechtigten Ansprüche von 3,5 Millionen Vertriebenen und Nachfahren von 241.000 Ermordeten, kaltschnäuzig abzuschmettern. Die berechnete Restitution von Kriegs- und Verfolgungsoptionen müsse allen Opfern des Zweiten Weltkrieges zugutekommen, also auch den volksdeutschen Opfern der Vertreibung. Wien müsse durch die Verknüpfung des EU-Beitritts Tschechiens mit der Sudetendeutschen Frage ein deutliches Zeichen setzen.

BdV: Nützliche Gespräche mit CDU

Auf Einladung des CDU-Vorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble fand am 4. März 1999 ein Gespräch zwischen dem Präsidium der CDU und dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen statt.

Der Zeitpunkt war gut gewählt, vor dem Parteitag der CDU in Erfurt, und zeugt von der ehrlichen Absicht, die gewonnenen Erkenntnisse in die Parteitagdokumente einfließen zu lassen. Inwieweit dies gelingt, wird sich zeigen. Wichtig ist auf jeden Fall die bemerkenswerte offene Zuwendung zu den Heimatvertriebenen, die bei Teilen der CDU sicherlich Tradition hat, um aber durch die ganze Art der Gesprächsführung und durch die Bereitschaft, interessiert zuzuhören, eine besondere Note erhalten hat.

Offen wurde gesprochen; egal, ob es um die Standpunkte und Probleme bei der EU-Osterweiterung, wie z. B. die Sicherung des Rechtes auf die Heimat und um die Eigentumsrechte oder um die Beseitigung der die Deutschen diskriminierenden Gesetze, wie z. B. die Beneš-Dekrete, ging.

Die vielfältigen Fragen beim Staatsangehörigkeitsrecht, die für unsere Landsleute in den Heimatgebieten so wichtig sind, bedürfen einer behutsamen Behandlung, damit sie nicht erneut ausgegrenzt werden.

Die materielle Sicherung der Pflege des ostdeutschen Kulturerbes ist nicht nur für die Ostdeutschen wichtig, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe zur Erhaltung des nationalen Kulturerbes und ein Beitrag zur Identitätsbewahrung unseres Volkes. Die Unterstützung unserer Landsleute in der Heimat muß Schwerpunkt einer verantwortungsvoll wirkenden deutschen Politik bleiben. Die Sprachausbildung, die grenzüberschreitende Kulturarbeit, die Unterstützung bei Schaffung von Strukturen der Selbstverwaltung sind Maßnahmen, auf die unsere Landsleute schon aus Gründen des Solidarverhaltens in unserem Volke Anspruch haben. Es gehört sicherlich zu den Fehlleistungen deutscher Politik der letzten vier Jahre, daß der Novellierung des Vertriebenenunterstützungsgesetzes nicht die Beachtung geschenkt wurde, die notwendig gewesen wäre. Der Solidarbeitrag für die Heimatvertriebenen in den neuen Bundesländern muß allen Betroffenen ausbezahlt werden. Dies bleibt unsere Forderung! Eine Bindung der Auszahlung an Bedingungen, die nichts mit der Vertreibung zu tun haben, entspricht nicht dem Geist des Gesetzes und wird allen Heimatvertriebenen unverständlich bleiben. Die Zuwendung deutscher Politik zu den deutschen Opfern der Vertreibung muß sich endlich auch darin zeigen, daß die Bestrafung der Täter auch von staatlicher Seite eingefordert wird, daß den Opfern eine würdige und angemessene nationale Gedenkstätte errichtet wird und daß die Vergütung für die Schäden an Leib und Seele nicht länger bei zwischenstaatlichen Gesprächen ausgeklammert bleiben. Die Entschädigung deutscher Zwangsarbeit, die Anerkennung dieser Zeit bei der Rente, auch dann, wenn es sich um Tausende zur Zwangsarbeit verschleppter Kinder und Jugendlicher handelt, darf nicht weiter ein Tabuthema bleiben.

Dr. Paul Latussek

Schlußstrich unter Völkermord?

Mit den Äußerungen von Außenminister Fischer und Staatsminister Verheugen Ende des vergangenen Jahres war schon vorgezeichnet, wohin Kanzler Schröder steuern wird. Fischer soll Ende Oktober 1998 in Warschau erklärt haben, er halte die Ansprüche der Vertriebenen auf Entschädigung für „anachronistisch und absurd“. Verheugen hatte am 5. Dezember 1998 in Dresden auf die Frage eines sudetendeutschen Journalisten erklärt, daß „die Bundesregierung gegenüber der tschechischen Regierung keine Vermögensansprüche geltend machen wird“.

Kanzler Schröder und der tschechische Ministerpräsident Zeman vereinbarten im Zusammenhang mit den Geschehnissen während und nach dem Zweiten Weltkrieg, nie wieder Vermögensfragen aufzuwerfen. Schröder betonte, von der Regelung der Vermögensfragen seien auch die Forderungen der vertriebenen Sudetendeutschen betroffen.

Schröder setzte damit fort, was Kohl mit der unsäglichen Deutsch-tschechischen Erklärung (sprich: Veröhnungserklärung) vom 21. Jänner 1997 begonnen hat. Heißt es doch in diesem politischen Papier, das keinen völkerrechtlichen Vertrag darstellt, daß beide Seiten ihre Beziehung nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden (Zf. IV).

Kohl hatte bei der Unterzeichnung in Prag gegenüber dem erwähnten sudetendeutschen Journalisten erklärt, daß die Vermögensfrage weiter „offen“ sei; die Bedeutung dieser Aussage offenbart sich jetzt. Bei allem Ermessensspielraum, den die Gerichte dem politischen Handlungsfreiraum einer Bundesregierung zubilligen, hätte diese spätestens beim Abschluß des zweiten Prager Vertrages von 1992 ihre Schutzpflicht gegenüber ihren Staatsangehörigen, den Sudetendeutschen, konsequent vertreten müssen. Ein Hinausschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag war indiskutabel!

Schröder schafft nun Klarheit, vor allem ge-

genüber professionellen Beschwichtigungsposteln, aber kein Recht! Die Konsequenzen ergeben sich aus dem Gutachten, das der Wiener Völkerrechtler Professor Ermacora im Jahre 1991 für die Bayerische Staatsregierung, Trägerin der „Schirmherrschaft“ der Sudetendeutschen seit 1954, erstellt hat:

„Das Unrecht der Vertreibung (der Sudetendeutschen) ist ein spezifiziertes völkerrechtliches und innerstaatliches Delikt. Es ist Völkermord im Sinne allgemeinen Völkerrechts und der Völkermordkonvention.“

Von langer Hand geplant, mit dem Willen, ein Volk oder eine Volksgruppe auf ihrem angestammten Boden zu zerstören, steht er im Mittelpunkt des Tatbestandes.“

Der leider schon verstorbene Felix Ermacora, viele Jahre Mitglied der UN-Menschenrechtskommission, stellte auch fest:

„Dieser klare Tatbestand ist wichtig, weil er eine klare abendländische Schlußfolgerung nach sich zieht:

- a) er verjährt völkerstrafrechtlich nicht und
- b) macht Konfiskation im Zuge eines Völkermordes ungültig. Eigentumsverluste sind in diesem Fall nicht nur zu entschädigen, sondern Eigentum ist zurückzugeben.“

Der Sprecher der Sudetendeutschen, Staatsminister a. D. Franz Neubauer, erklärte schon am 20. Februar vor der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft: „Wenn die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Verfassungsorgane an der Zerstörung der Rechte ihrer Bürger mitwirken würde, sei es durch Verzicht, durch Aufrechnung oder in anderer Weise, dann würde sie regreßpflichtig. Das ist die klare Rechtslage, und dementsprechend werden wir handeln.“

Vorsorglich haben engagierte Sudetendeutsche sich rechtzeitig auf diesen Fall eingestellt, so der Leiter des juristischen Arbeitskreises einer sudetendeutschen Studiengruppe mit einer Klage vor dem OVG Münster gegen die Bundesregierung (Urteil vom 26. 9. 1996).

Franz Neubauer kündigte am 20. Februar auch eine Klage vor der UN-Menschenrechtskommission an. Ebenso forderte die SL-Bundesversammlung die tschechische Regierung auf, gemeinsam mit den betroffenen Wirtschaftsunternehmen einen Fonds zur Entschädigung von sudetendeutschen Zwangsarbeitern einzurichten.

Einige Zehntausend Deutsche verblieben in der Heimat als tschechische Staatsbürger minderen Grades. Ihr Eigentum werden sie auch nicht durch die von Zeman in Bonn als erloschen erachteten Beneš-Dekrete zurückerhalten. Gerechtigkeit?

Kein gutes Zeichen für eine Versöhnungsbereitschaft, die Milos Zeman schon vor der Wahl zum Ministerpräsidenten durch ungute Vergleiche vermissen ließ, ist die Wahl des Zeitpunktes. Vor 80 Jahren, am 4. März 1919, feuerte tschechisches Militär in von den deutschen Sozialdemokraten initiierte Protestkundgebungen. 54 Männer, Frauen und Kinder starben. Der Leidensweg der Sudetendeutschen kulminierte mit 241.000 Toten der Vertreibung. In Verpflichtung ihrer Toten wird die Volksgruppe für Heimat und Selbstbestimmung weiter streiten!

Roland Schnürch, Vizepräsident der SL-Bundesversammlung, Mitglied des Sudetendeutschen Rates und Vorsitzender der Studiengruppe Ermland Sudetenland

Enns-Neugablonz gedachte der Opfer

Die SL-Ortsgruppe Enns-Neugablonz veranstaltete am Freitag, dem 5. März, beim Sudetendenkmal im Schloßpark eine Gedenkfeier für die Opfer des 4. März 1919 sowie derer nach 1945, wobei Obmann Horst Schubert Worte des Gedenkens sprach.

Die Feier wurde vom Bläserquartett der Stadtkapelle Enns umrahmt. Bei der anschließend abgehaltenen Jahreshauptversammlung begrüßte Obmann-Stellvertreter Dir. i. R. Hans Nemecek die Ehrengäste, an der Spitze Vizebürgermeister Karl Riedl in Vertretung des Bürgermeisters und Karl Wiltschko von der Landesleitung der Sudetendeutschen Landsmannschaft Oberösterreich.

Beim Totengedenken wurde der verstorbenen Landsleute Margarete Fitschek, Otto Eichler, Christine Friedl, Emma Wohlmann und vor allem unseres Obmannes Heinz Rössler gedacht.

SCHON ABONNIERT?

Sudetenspost

Die sudetendeutsche Zeitung, DIE NICHT SCHÖNFÄRBT!

Tschechischer Geheimdienst bespitzelt systematisch deutsche Vereine

Die Zeitung „Lidove noviny“ berichtete kürzlich unter dem Titel „Politiker und BIS sind wachsam, die Pangermanisten kommen nicht durch“ über die Bespitzelung von deutschen Vereinen durch den tschechischen Geheimdienst. Lesen Sie im folgenden die Übersetzung dieses Artikels.

Einen Monat vor der Aufnahme der CR in die NATO erhielt der für den Sicherheits- und Informationsdienst (BIS) zuständige Minister eine anonyme Anzeige, daß der BIS einige deutsche Volksgruppenvereine observiere. Nicht zum erstenmal: Dasselbe geschah bereits 1996 (ebenfalls anonym) und nochmals ein Jahr später, wobei das „durchgesickerte“ Dokument für echt befunden wurde. In allen diesen Fällen ging es um die Observation sowohl von deutschen Organisationen, als auch von legalen tschechischen Organisationen, die regelmäßige Kontakte zu den Deutschen pflegen.

Die Politiker (im Jahre 1997 waren das die Mitglieder der parlamentarischen Kommission für die Kontrolle des BIS, nun zum Beispiel Cyril Svoboda) sehen nicht so sehr „den Inhalt der Dokumente als solchen“ als bedenklich an, sondern die Tatsache, daß die Materialien aus dem BIS „durchgesickert“ sind. Aber das Durchsickern von Materialien aus dem BIS ist mittlerweile nichts Besonders mehr. Der Inhalt jedoch – es geht vor allem um eine „Zusammenfassung der wöchentlichen nachrichtendienstlichen Informationen“ von 1997 – ist etwas Besonderes. Verzeichnet war dort nur die Monatszeitschrift „Mitteleuropa“, deren Analyse dieses Materials zu interessanten Schlußfolgerungen kam: Zum Beispiel, daß „der BIS entweder aufgrund eines Auftrags der Regierung oder aufgrund eigener Überlegungen in der Bundesrepublik Deutschland eine Gefahrenquelle für die CR sieht und daß sich für die feindlichen Absichten unseres westlichen Nachbarn dessen Geheimdienst und bestimmte Bürger der CR vorbereiten“ (diese seien angeblich in Organisationen der deutschen Minderheit und in der Paneuropaunion vereint oder es handle sich sogar um Unterzeichner der Petition Versöhnung 95). Auch weitere Feststellungen sind wichtig: Es handle sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nicht um ein einzelnes Dokument, sondern um den Bestandteil einer systematischen Observation im Sinne der Beschaffung

aller zugänglichen Informationen. – Dies bestätigt der jüngste Zwischenfall.

Für detaillierte Informationen sollte man sich die Monatszeitschrift „Mitteleuropa“, Nr. 69, mit dem Artikel von Milan Churan: „Analyse eines analytischen Dokumentes“ besorgen.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die ursprüngliche Frage vom vorvergangenen Jahr, ob es sich um ein Einzeldokument handle, nun nicht mehr interessant ist. Schon wegen der Wiederholung und der schlaffen negativen Reaktion seitens der BIS kann man es als nachgewiesen ansehen, daß der BIS tatsächlich die deutschen (und mit Deutschen zusammenhängende) Vereine und Persönlichkeiten observiert, und zwar systematisch. In diesem Fall kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß unser Geheimdienst in der Bundesrepublik Deutschland eine Gefahrenquelle für die CR sieht – usw. (siehe oben). Kann man nun jedoch – weil sich die Fälle wiederholen – auch die Frage beantworten, wer eigentlich diese Observation initiiert, die Regierung (die sich seit den vorherigen Fällen geändert hat) oder der BIS selbst? Die Antwort ist leider eindeutig: Es hat keinen Sinn, nach dem Auftraggeber zu fragen, denn es geht um eine Sache, in der sich der BIS sowie die verschiedenen Strömungen in der tschechischen offiziellen Politik einig sind.

Einige Sätze aus dem früheren Dokument genügen, um zu begreifen, wie schwerwiegend diese Übereinstimmung ist. Das Dokument stellt die Versöhnung 95 sowie die Paneuropaunion in einen Zusammenhang mit den langfristigen Zielen der SL, zu welchen die „Gewinnung des Rechts auf die Heimat und die Rückgabe des Eigentums“ gehören. Die SL habe angeblich eingesehen, daß dies nicht mit Hilfe der deutschen Organisationen in der CR gelingen werde, so daß sie ihre Bemühungen auf verschiedene andere Gruppierungen und Organisationen gerichtet habe. Ein Ergebnis dieser Bemühungen sei auch die Petition Versöhnung 95. Über die Paneuropaunion kann man dort nachlesen: „Die PEU ist eine Organisation, die um die regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa und um dessen Vereinigung bemüht ist. In Wirklichkeit ist erwiesen, daß sie den Zusammenschluß dieses Gebietes unter Führung Deutschlands mit der Idee des Pangermanismus anstrebt und an die SL angeschlossen ist.“

Nur schwer würde jemand von sich aus darauf kommen, daß unser Geheimdienst am Ende des 20. Jahrhunderts nachforschen würde, welche Kräfte im Lande im Verband mit der SL danach streben, die CR unter das Joch des Pangermanismus zu bringen. Sollte jemand daran zweifeln, ob ihn nicht seine Sinne täuschen, dann sollte er den chauvinistischen Zusatz lesen, den das tschechische Parlament der Tschechisch-deutschen Erklärung hinzugefügt hat. Man wird feststellen, daß in der Brust der tschechischen Spitzenpolitiker immer noch Beneš' Formulierung des tschechischen nationalen Interesses lebendig ist, wonach unser Hauptfeind immer die Deutschen waren, sind und bleiben werden. Der demokratische Charakter des deutschen Staates, sein Beitrag zur europäischen Integration, die Selbstreflexion des deutschen Volkes interessiert sie weniger, vielleicht gar nicht. Unsere offizielle Politik stört an der Tatsache, daß der BIS die deutschen Organisationen, die Paneuropaunion und die Unterzeichner der Versöhnung 95, observiert, offensichtlich nur, daß man darüber nicht öffentlich sprechen sollte. Ich werde die Befürchtung nicht los, daß, wenn der BIS doch einmal aufgelöst werden sollte, dann tschechische Politiker die Aufgabe, zu observieren, was die Ideen des Pangermanismus in der CR angerichtet haben, jemandem anderen anvertrauen würden.

Und sie tun es gut. Denn ab März sind wir zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland Bestandteil derselben nordatlantischen Allianz, und die wortbrüchigen Pangermanisten könnten ein Nachlassen unserer Aufmerksamkeit dazu nutzen, um in einem günstigen Augenblick schwerbewaffnete Regimenter der Wehrmacht gegen unsere Städte und Dörfer zu schicken. Es ist daher notwendig, daß unsere Geheimdienste feststellen, wann der Angriff geplant ist und welche Unterzeichner der Versöhnung 95 die Sudetendeutsche Landsmannschaft als ihre Agenten bzw. Werwölfe in den Kampf einbezogen hat. Alles andere ist dann einfach: Dank General Prochazka haben wir die Grenzbefestigungen aus den dreißiger Jahren instand gesetzt und diese werden in Kampfbereitschaft versetzt. Es wird wieder einmal eine glorreiche Mobilmachung stattfinden. Und die Pangermanisten? Sie kommen nicht durch.

Autor: Emanuel Mandler

7. Toni-Schicho-Bowling-Turnier

Vor acht Jahren ist unser Landsmann Toni Schicho, geboren in Südmähren, der Weltmeister im Dauerbowling war (24-Stunden-Bowling) und auch recht erfolgreich als Senior seine Pints „schob“, verstorben. Aufgrund dessen veranstaltet der Arbeitskreis Südmähren am Sonntag, dem 11. April, in der Engelmänn-Sporthalle in Wien 17, Jörgerstraße 24, das siebente Gedächtnis-Bowling-Turnier und lädt dazu alle Freunde des Bowlings bzw. des Kegeln – sowie alle, die es noch werden wollen – recht herzlich dazu ein. Jedermann – egal ob Frau, ob Mann, Jungendlicher usw. – kann daran teilnehmen. Vor allem rufen wir auch die älteren Jahrgänge zum Mitmachen auf, es wird bestimmt sehr lustig und gemütlich werden. Beginn ist um 14.00 Uhr – Treffpunkt 13.45 Uhr (bitte pünktlich sein!). Von jedem Teilnehmer wird ein kleiner Beitrag zur Deckung der Bahnmiene eingehoben. Kommen Sie bitte in sportlicher Kleidung (keine beengenden Sachen anziehen). Es gibt sehr schöne Pokale und Preise zu gewinnen. Zwecks organisatorischer Vorbereitung wird um Anmeldung beim Arbeitskreis Südmähren, Josef Mord, 2136 Laa/Thaya, Hauptstraße Nr. 51, Telefon / Fax 0 25 22 / 76 38, ersucht. Damit helfen Sie uns bei den Vorbereitungen.

Selbstverständlich sind auch Freunde willkommen.

Sudetendeutsche Familienforschung

Bei einem Treffen der Computer-Genalogen und einer Mitgliederversammlung der Vereinigung Sudetendeutscher Familienforscher (VSFF) Anfang März in Lauf an der Pegnitz bei Nürnberg wurden von Bruno Bauernschmidt, unserem EDV-Spezialisten, wieder interessante Dinge vermittelt, sowie ein neues Genealogieprogramm vorgestellt und die Sudetendeutsche Familienforschung im Internet. Auch die Diskussion kam dabei nicht zu kurz.

Bei der Mitgliederversammlung wurde dem Vorstand mit einigen Veränderungen unter Frau Lore Schretzenmayr wieder das Vertrauen ausgesprochen.

In der Diskussion wurde eindeutig festgehalten, daß es sudetendeutsche Landsleute gibt, die nicht wissen, was mit ihren Dokumenten oder eigenen Familienforschungs-Unterlagen nach dem Ableben passieren soll. Vieles landet dann von den Nachkommen als uninteressant abgetan beim Altpapier und ist für uns endgültig verloren. Weiters mußten wir Familienforscher feststellen, daß die damaligen Ereignisse von den Landsleuten zwar erzählt werden, aber sehr wenige bereit sind, dies auch schriftlich festzuhalten, um es den nachfolgenden Generationen zu dokumentieren. Deshalb bittet die VSFF alle Zeitzeugen um Kontaktaufnahme:

Kontaktadresse: Hans-Peter Haberditz, Huberstraße 32, A-6200 Jenbach, Telefon und Fax: 0 52 44 / 63 2 21,

e-mail: hans.peter.haberditz@kronline.at

Kennen Sie unsere
**WURSTSTRÄUSSE,
WURSTGESTECKE** oder
SCHINKEN-KÄSETORTE



für Geburtstage, Einladungen...?

NÄHERE AUSKUNFTE: 0 72 52 / 73 0 68



Sportsonntag am 2. Mai in Traun

Über allgemeinen Wunsch und im besonderen vom Allgemeinen Turnverein Traun – wo wir zu Gast sind – finden diesmal die sportlichen Wettkämpfe nur am Sonntag, dem 2. Mai, statt! Beginn wird um 10 Uhr sein, wobei wir mit den Kindern anfangen werden und je nach Freiwerden der Anlagen mit den Jugendlichen und Erwachsenen fortsetzen. Sollte genügend Zeit vorhanden sein, werden wir auch ein Faustballturnier machen.

Und noch etwas Besonderes: Unsere Turnfreunde werden für das Mittagessen sorgen! Es wird gegrillt und es gibt auch Kaffee, Kuchen, Getränke usw.! Alles in allem soll es ein schönes Turnfest werden! Um aber vorausplanen zu können (vor allem in bezug auf den Einkauf), wird um eine alsbaldige Anmeldung ersucht.

Teilnehmen kann jedermann – gleich welchen Alters und Geschlechts, von den sportlich begeisterten Kindern, jungen Leuten, allen Angehörigen der jüngeren, mittleren und auch älteren

Generation. Darunter auch alle unsere Freunde, auch nichtsudetendeutscher Herkunft sowie alle sportlich aktiven älteren Menschen bis weit über 80 Jahre!

Für alle Altersstufen, getrennt nach den Geschlechtern, gibt es eigene Wertungen und jeder Teilnehmer erhält eine Urkunde! Es wird kein Nenngeld eingehoben (Spenden sind jedoch immer erbeten).

Wir rufen die Amtswalter der sudetendeutschen Volksgruppe auf, für diese sportliche Veranstaltung entsprechende Werbung zu machen und vielleicht selbst nach Traun zu kommen, entweder als Aktive oder als Zuseher (und beim Messen und Zeitnehmen sowie beim Schreiben werden immer wieder Freiwillige benötigt).

Anmelden sollte man sich zentral bei der Sudetendeutschen Jugend, 1030 Wien, Steingasse 25, mit Angabe der Personenanzahl und ob man am Mittagessen (Grillspeisen – auf eigene Kosten) teilnehmen will.

Frühlingsfahrt zum Muttertag und Vatertag am 3. Juni

Zu unserer beliebten Tagesautobusfahrt am Donnerstag, 3. Juni (Fronleichnamstag) sind alle interessierten Landsleute und Freunde recht herzlich eingeladen.

Alle Mütter, Väter, Großmütter und Großväter, Freunde und Bekannten, junge Leute, Kinder, die ehemaligen SDJ-Kameraden – also jedermann – sind zur Teilnahme aufgerufen!

Eine schöne und interessante, aber auch unterhaltsame Fahrt in einer fröhlichen Gemeinschaft steht allen bevor. Wir fahren mit einem modernen Autobus. Ein gemütliches Beisammensein beschließt diese schöne Fahrt.

Fahrpreis nur S 170.– (inklusive einer kleinen Jause und der Eintritte); S 90.– für Kinder bis zu 14 Jahre (Kleinkinder bis 6 Jahre fahren gratis).

Abfahrt und Treffpunkt um 8.15 Uhr (Abfahrt pünktlich um 8.30 Uhr) in Wien 10, am Reumannplatz, vor dem Eissalon „Tichy“ –

leicht mit der U1, den Linien 67, 67A, 7A usw.) zu erreichen!

Achtung: Da wir einen kleinen Abstecher nach Ungarn machen, wird ein gültiger Reisepaß benötigt!

Rückkunft gegen 20.30 Uhr.

Um baldige Anmeldungen zu dieser Fahrt wird ersucht: bei Hubert Rogelböck, Hietzinger Hauptstraße 140 A/1/4 (Tel. 87 67 018, von 17 bis 19 Uhr); beziehungsweise schriftlich (Postkarte genügt) bei der Sudetendeutschen Jugend, Landesjugendführung Wien, NÖ. und Bgld., Steingasse 25, 1030 Wien, beziehungsweise telefonisch: 718 59 13 (mit Anrufbeantworter); bitte auch eine telefonische Erreichbarkeit angeben!

Werte Landsleute und Freunde, schon jetzt freuen wir uns auf Ihre bzw. Eure rege Teilnahme – fahren auch Sie mit!

Sudetendeutsche kirchliche Gedenktage 1999

Die katholischen Sudetendeutschen können 1999 auf eine Reihe von Jubiläen und Gedenktage von Ereignissen zurückblicken, die von Bedeutung für die Kirche in der alten Heimat waren. Einige wollen wir in hier würdigen, so zum Beispiel den 100. Jahrestag des Buches über das Recht der Minderheiten von Weihbischof Frind oder den 175. Todestag des Orientmissionars Christian Schneider aus Pollau in Südmähren.

1999 sind es 300 Jahre her, daß die Wallfahrtskirche Maria Sorg in der Nähe von Sankt Joachimsthal eingeweiht wurde, die später von Kapuzinern betreut wurde.

Vor 450 Jahren wurde der spätere Erzbischof von Prag, Johannes Lohelius, 1549 in Eger geboren. Als Sohn eines Fuhrmannsknechtes diente er als Stallknecht im Kloster Tepl, wo Abt Meyskönig seine Begabung erkannte und ihm eine Ausbildung ermöglichte. Später trat Johannes Lohelius in den Prämonstratenserorden ein, wurde Prior und Abt in Strahov, ja sogar Generalvikar des Ordens in Böhmen, Österreich, Polen und Ungarn. 1603 wurde er Weihbischof und 1612 Erzbischof von Prag. In seine Amtszeit bis zum Tode am 2. November 1622 fällt der Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Nach dem Prager Fenstersturz wurde der Erzbischof des Landes verwiesen und konnte erst nach der Schlacht am Weißen Berg zurückkehren. 1621 weihte er den Veitsdom neu. Es war der Beginn der Rekatholisierung der böhmischen Länder.

Wenn wir beim Erzbistum Prag bleiben, so

können wir auf weitere Gedenktage verweisen, die sich in diesem Jahre geradezu häufen. Auf den 26. Jänner fiel der 150. Todestag von Erzbischof Alois Josef von Schrenck zu Notzing, des Oberhirten der böhmischen Hauptstadt zur Zeit der Revolution 1848. Nach seinem Tode im Jänner 1849 dauerte es bis zum Ende des Jahres, ehe der Salzburger Fürst-Erzbischof und Kardinal Friedrich von Schwarzenberg zum Prager Erzbischof ernannt wurde.

Am 5. Februar war es genau 350 Jahre her, daß der spätere Prager Erzbischof Franz Ferdinand von Künburg 1649 geboren wurde. Im Juni jähren sich zum 100. Male der Todestag von Erzbischof Franz von Paula Graf von Schönborn sowie der Geburtstag des aus Mähren stammenden Prager Kardinals Frantisek Tomasek, der nach schwerer Zeit im Kommunismus noch vor seinem Tode die Wende in der Tschechoslowakei erleben konnte.

Vor einhundert Jahren wurde als Nachfolger des Erzbischofs Schönborn Leo Freiherr v. Hrzistie zum Erzbischof von Prag ernannt, der später, im Jahre 1916, Erzbischof von Olmütz wurde. Vor achtzig Jahren, am 6. September 1919, zwang die tschechoslowakische Regierung den deutschen Prager Erzbischof Paul Graf Huyn zur Abdankung. Vor 40 Jahren starb der letzte deutsche Weihbischof von Prag, Johannes Remiger, am 21. Mai 1959 in der Vertreibung.

Für die Diözese Leitmeritz verdient der 175. Geburtstag von Bischof Emanuel J. B. Schöbel

Erwähnung. Der als Müllerssohn am 12. Februar 1824 in Radowenz bei Braunau Geborene war in den Kreuzherrenorden eingetreten und wurde Großmeister des Ordens, ehe er 1882 als Bischof nach Leitmeritz berufen wurde. Er arbeitete auf sozialem Gebiet, erweiterte das Knabenseminar in Mariaschein und die Taubstummenanstalt in Leitmeritz. Bis zu seinem Tode 1909 galt seine Sorge den Volksmissionen. Am 6. April werden 25 Jahre vergangen sein, daß der Nachfolger von Bischof Weber, Kardinal Stefan Trochta, starb.

Ein Gedenktag für die ostböhmische Diözese Königgrätz ist der 350. Geburtstag des Bischofs Tobias Becker, der später die Kirche auf dem Muttergottesberg seiner Heimatstadt Grulich bauen ließ.

Das mährische Erzbistum Olmütz kann des 350. Todestages eines Fürstbischofs Wilhelm von Österreich gedenken und des 400. Jahrestages der Bischofsweihe seines großen Bischofs Franz von Dietrichstein.

Für alle Sudetendeutschen ist der 100. Geburtstag von Weihbischof Dr. Adolf Kindermann ein Tag des Gedenkens. Am 23. Oktober jährt sich auch sein 25. Todestag. Vor 100 Jahren wurde auch am 13. Oktober der spätere Volksmissionar und Redemptorist P. Augustin Reimann geboren und im gleichen Monat 1895 in Weidenau in Sudetenschlesien das Priesterseminar und die Philosophisch-Theologische Hochschule eröffnet, die bis zur Vertreibung bestand. spw.

Osterbrief von Pater Norbert Schlegel O. Praem.: „Auferstehung ist Aufbruch“

Liebe Landsleute!

Mein österliches Grußschreiben erhalten Sie diesmal aus unserem schönen Haus St. Johann in Brannenburg am Wendelstein. Hier werde ich auch heuer in der Hauskapelle mit unseren Gästen und Freunden die Liturgie der Kar- und Ostertage feiern. Gewiß, manches wird dabei anders sein als in der Pfarrei. Dagegen wird keineswegs anders sein die österliche Botschaft, die zu verkünden und zu glauben einlädt:

„Fürchtet euch nicht! Geht und sagt meinen Brüdern, sie sollen nach Galiläa gehen, dort werden sie mich sehen“ (Mt. 28,10).

Die Botschaft, daß Christus vom Tode erstanden ist, hat in der Tat an Faszination nicht verloren, auch wenn sie heutzutage oftmals auf taube Ohren stößt und Ablehnung erfährt. Ist Auferstehung nicht – auch für viele Christen – etwas Fernes? Etwas, das irgendwann einmal nach dem Tode kommen mag, aber den, der mitten im Leben steht, wenig berührt? Die meisten von uns leben ja – Gott sei Dank! – gern auf dieser Erde und wollen dieses Leben, auch wenn sie es bisweilen beseufzen – im Grunde nicht eintauschen gegen ein anderes. Und dabei denken sie ganz menschlich und verständlich: Was wir jetzt haben, wissen wir, aber was dann ist, wissen wir nicht!

Wenn auch viele Menschen heute zum Festgeheimnis der Auferstehung keinen Zugang mehr haben oder finden, so kündigt Ostern doch vom Leben, einem Leben freilich, das anders ist als wir es uns gerne vorstellen. Gewiß, der Auferstehung geht der Tod voraus, setzt allem ein Ende. Und so wird der Tod für die einen zum Schreckgespenst, anderen dient er als Erlösung von Qual und Pein, für den aber, der glaubt, zum Tor des Lebens.

Vielleicht kann uns die Natur, wenn wir uns schwer tun mit der Auferstehung, ein wenig behilflich sein, in das Geheimnis von Ostern einzusteigen. Mit Wehmut erleben wir in den herbstlichen Tagen das Sterben der Natur. Das Laub stirbt und fällt ab, die Natur selber begibt sich in einen Zustand der Ruhe und des Abgestorbenseins, um dann im Frühling wieder zu neuem Leben zu erwachen – zur Freude von uns allen. „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“

So etwas Geheimnisvolles birgt auch das Osterfest – Auferstehung verheißt, ja ist Leben, es ist die Botschaft für das Leben: jetzt, heute und morgen!

An die Auferstehung glauben, das heißt nicht einfach bloß einen Trost für die Todesstunde in Reserve zu halten, sondern bedeutet: Nichts ist mehr so, wie es sonst wäre.

An die Auferstehung glauben, heißt: Aufbrechen, Wege gehen, die neu sind, vielleicht aber auch alt sind, nur zu einem neuen Ziel führen, etwas wagen; heißt biblisch gesprochen: Nach Galiläa gehen, um IHN zu sehen.

An die Auferstehung glauben, heißt, Entscheidungen für jetzt und heute treffen, um das Morgen, mehr noch, das Ziel nicht zu verfehlen. Wer nur in der Vergangenheit lebt und sich dort verankert, ist gegen Ostern. Nur dort wächst und entsteht neues Leben, wo ich aufbreche und dabei die wertvollen Erfahrungen des Vergangenen nicht außer acht lasse. Ja das Morgen gebietet es sogar, diese mit einzubringen in ein Leben des Mit- und Füreinanders.

Liebe Landsleute, an der Schwelle zum dritten Jahrtausend müssen wir vor allem das Bewußtsein, daß wir zusammengehören, stärken und pflegen. Das Haus des geeinten Europas fordert, daß jede Nation, jeder Stamm und

jede Volksgruppe, die eigene Identität bewahrend, mitarbeitet an dem Weg und dem Ziel, welche der Auferstandene in allen Begegnungen mit den Frauen und seinen Jüngern aussprach: „Friede sei mit euch“.

Auf der diesjährigen Delegierten-Konferenz des Sudetendeutschen Priesterwerkes durfte ich dankbar die Feststellung machen, daß nach der Sitzverlegung des Sudetendeutschen Priesterwerkes von Königstein nach Brannenburg, es der Wunsch aller Delegierten aus den Diözesen und Orden war, das Haus St. Johann allen Landsleuten als geistliches Zentrum der Sudetendeutschen, Begegnungs- und Erholungsstätte anzubieten. Damit kommen wir der Intention von Weihbischof Kindermann, dessen hundertsten Geburtstag wir am 8. August dieses Jahres gedenken, nach, als er dieses Haus 1956 erwarb, um es als einen Ort der Einkehr und der Erholung für Leib und Seele zu gestalten. Mit allen meinen Kräften werde ich, der ich derzeit in der Verantwortung für St. Johann stehe, mich bemühen, diesem Auftrag nachzukommen.

Aber ich lade auch jeden einzelnen von unserer Volksgruppe ein, mir in dieser Aufgabe behilflich zu sein durch Rat und Tat, mehr noch durch Verweilen im Haus hier. Gemeinsam könnten wir dann die österliche Botschaft wahrnehmen: „Nach Galiläa zu gehen, um IHN zu dienen.“

Gesegnete, frohe Ostern wünscht Ihnen allen von Herzen

P. Norbert Schlegel O. Praem.

Ihr Pater Norbert Schlegel O. Praem.
Vorsitzender des Sudetendeutschen Priesterwerkes und

Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Seelsorge an Sudetendeutschen

Gedenktage 1999

- 1549 450. Geburtstag von Erzbischof Johannes Lohelius von Prag.
- 1699 300 Jahre Wallfahrtskirche von Maria Sorg.
- 1899 Vor 100 Jahren erschien in Wien das Werk „Das sprachliche und das sprachlich nationale Recht in polyglotten Staaten und Ländern mit besonderer Berücksichtigung auf Österreich und Böhmen vom sittlichen Standpunkt aus beleuchtet“ von Wenzel Frind, gestorben 1931 als Weihbischof von Prag.
- 26. 1. 1849 150. Todestag von Erzbischof Alois Josef von Schrenck zu Notzing von Prag.
- 5. 2. 1649 350. Geburtstag des Prager Fürstbischofs Franz Ferdinand Graf von Künburg.
- 12. 2. 1824 175. Geburtstag von Bischof Emanuel J. B. Schöbel von Leitmeritz (geb. in Radowenz bei Braunau).
- 22. 2. 1799 200. Todestag von Bischof Joh. Bapt. Lachenbauer von Brünn (geboren 1741 in Braunau).
- 13. 3. 1824 175. Todestag des südmährischen Orientmissionars Christian Schneider.
- 6. 4. 1974 25. Todestag von Kardinal Stefan Trochta von Leitmeritz.
- 21. 5. 1959 40. Todestag von Weihbischof Remiger, des letzten deutschen Weihbischofs von Prag.
- 25. 6. 1899 100. Todestag des Prager Erzbischofs Franz von Paula Graf von Schönborn.
- 30. 6. 1899 100. Geburtstag von Erzbischof Kardinal Tomasek von Prag.
- 17. 7. 1649 350. Geburtstag des Königgrätzer Bischofs Tobias Becker, Erbauer der Kirche am Muttergottesberg von Grulich.
- 7. 8. 1649 350. Todestag des Olmützer Fürstbischofs Leopold Wilhelm von Österreich.
- 8. 8. 1899 100. Geburtstag von Weihbischof Adolf Kindermann.
- 1. 9. 1599 400. Jahrestag der Bischofsweihe des Olmützer Fürstbischofs Franz von Dietrichstein.
- 6. 9. 1919 80. Jahrestag der erzwungenen Resignation des Prager Erzbischofs Paul Graf Huyn.
- 7. 10. 1874 125. Todestag des Königgrätzer Bischofs Karl Borromäus Hanl von Kirchtreu.
- 13. 10. 1899 100. Geburtstag von P. Augustin Reimann.
- 15. 10. 1899 Eröffnung des Priesterseminars und der Hochschule in Weidenau.
- 17. 10. 1774 225. Todestag des Königgrätzer Bischofs Hermann Hannibal Graf von Blümegen.
- 23. 10. 1849 25. Todestag von Weihbischof Kindermann.
- 13. 12. 1849 Ernennung des Salzburger Fürst-Erzbischofs Friedrich Fürst von Schwarzenberg zum Prager Erzbischof.
- 14. 12. 1899 Ernennung von Leo Freiherr Srbensky von Hrzistie zum Erzbischof von Prag (geb. 1863 in Haugsdorf in Mähren)

Kulturverein Südmährerhof

Der Vereinsabend vom 10. März verzeichnete wieder einen starken Besuch, da auch neue Mitglieder begrüßt werden konnten. Der neue Kassier Dkfm. Richard Czujan bekundete seine Verbundenheit als langjähriges Mitglied des Vereines und schilderte seine Tätigkeit seit 1962 für die Trachtengruppe im Arbeitskreis. Wolfgang Oberleiter brachte interessante Neuigkeiten aus tschechischen Zeitungen („Lidove noviny“ und „Hlas Palavy“): Die Opfer des Nazismus erhielten im ersten Jahr der Auszahlung aus dem deutsch-tschechischen Fonds bereits 290 Millionen Kronen, wobei die Einzahlung zwischen 29.600 und 47.400 Kronen beträgt, die jedoch „nicht als Entschädigung, sondern als humanitäre Geste“ aufzufassen ist. Die „Lidove noviny“ schilderte auch das Massaker an den Deutschen am 4. 3. 1919. Weiterhin gibt es Proteste gegen das Asylanter-Auffanglager bei Unter Themenau, weil die Aufgriffe illegaler Grenzgänger von 2254 im Jahre 1997 auf 5491 im Jahre 1998 zugenommen haben und weiter zunehmen, wie die Zahlen für Jänner 1999 (482 statt 77) beweisen. Ein Beitrag beschäftigt sich auch mit der Nord-Autobahn, die im niederösterreichischen Weinviertel bis zum Jahr 2010 mit einem Aufwand von 4,5 Milliarden Schilling gebaut werden und auf Beschluß der Bürgermeister der Grenzorte die Anbindung an die B 7 bei Nikolsburg finden soll. – Der Bürgermeister von Nikolsburg erhielt den Besuch des Direktors der österreichischen Volksbank, Niederlassung Brünn, und fragte nach dem beabsichtigten Kreditvolumen für Südmähren, da in Nikolsburg bereits 16 Prozent Arbeitslose sind. Während

Eckartschriften mit sudetendeutschem Thema

Die Österreichische Landsmannschaft, 1080 Wien, Fuhrmannsgasse 18a, Telefon: 408 22 73, Fax: 402 28 82, hat noch folgende Ausgaben lagernd:

Nr. 99: Südmähren und Niederösterreich, von R. Amtmann – Nr. 133: Vertrieben, von A. Heidinger – und Nr. 141: Und zogen in die Ferne – von H. Löffler.

Die Büchlein kosten ca. öS 100.– pro Stück, Mengenrabatt ist möglich. G. Z.



Erzgebirge-Egerland

Am 10. 4. 1999, 15 Uhr, findet unser nächster Heimatnachmittag mit gleichzeitiger Durchführung der **Jahreshauptversammlung** in unserem neuen Vereinslokal: Restaurant „Puntigamer Hof“, 1040 Wien, Wiedner Gürtel / Mommsengasse, vis-à-vis vom Südbahnhof, erreichbar mit den Straßenbahnlinien 18, 0, Autobus 13 A und S-Bahn, jeweils Station Südbahnhof, statt. – Wir gratulieren allen Geburtstagskindern im Monat März und wünschen ihnen weiterhin Gesundheit und Gottes Segen fürs neue Lebensjahr. F. Innitzer

Reichenberg – Friedland

Um den langen Winter, diesen garstigen Gesellen, der uns Kälte, Eis und Schnee gebracht hatte, für einige Stunden zu vergessen, haben wir die Mitglieder unserer Heimatgruppe am Faschingdienstag, den 16. Februar, zu einem gemütlichen Faschingskränzchen in unserem „Haus der Heimat“ eingeladen. Kostüme waren erwünscht, und zur Freude aller hatten sich viele etwas Lustiges einfallen lassen. Die Schönste war unserer Jüngste mit blonden Zöpfen (Frau Ida Hiebel, 93 Jahre). Für Überraschung sorgte ein rot/schwarz gekleideter Zauberer mit großem Hut und Pfauenfeder, Frau Professor Winifred Jakob steckte dahinter. Zum Kaffee gab es wieder den guten Kleckselkuchen von Luise und später Heringsalat von Anni. Zur Unterhaltung wurden lustige Gedichte und Anekdoten vorgetragen.

die Volksbank im Vorjahr 1,5 Milliarden Kronen kreditierte, werden es heuer, aufgrund der wirtschaftlichen Lage, höchstens 500 Millionen sein. Obmann Reiner Elsinger berichtete, daß die Diskussion über die Benes-Dekrete auch in der CR in Gang gekommen ist, da gar nicht so wenige Tschechen der Meinung sind, daß diese Rechtskonstrukte nicht in einen Rechtsstaat passen (Politologieprofessor Rudolf Kucera). Man dachte darüber nach, ob man sie nicht beim Beitritt zur NATO für ungültig erklären soll, was ja anlässlich des jüngsten Besuches von Premier Zemann in Bonn auch so halb und halb erklärt wurde. – Zur 750-Jahr-Feier Nikolsburg gibt es positive Nachrichten, da die umfangreichen Probleme der Organisation einer positiven Erledigung zustreben. Erfreulicherweise gab es anlässlich der schriftlichen Einladung auch zwei Dutzend Nikolsburger, die dem Verein beitreten und ihn durch ihren Mitgliedsbeitrag und ihre Spende unterstützen wollen. Auch die Medaillenbestellung nimmt zu, wenn auch viele noch ausständig sind. Vorbestellung ist aber unbedingt erforderlich. – **Achtung: Am 3. Juni gehen um 9 Uhr Autobusse von der Einsteigstelle Hütteldorferstraße (bei der Stadthalle) ab. Es gibt bereits mehr Anmeldungen, als in einem Bus Platz finden. Bitte daher sofort für den zweiten Bus anmelden, wer mitfahren will! Reiseprogramm im Bus – Eintreffen am Friedhof in Nikolsburg um 15 Uhr, wo uns auch die Unter Tannowitz, die am Vormittag die Fronleichnamprozession in ihrem Heimatort mitmachen, die Ehre geben. Wir rechnen natürlich auch am 4. Juni, um 13 Uhr, beim Festakt im Volksheim Groß Jedlersdorf, Wien Floridsdorf, mit regem Besuch, da wir ein Sonderpostamt mit Sonderstempel unterhalten und dort die Medaillen und Festschriften verteilen möchten.** – Am 2. 6. und am 5. 6., jeweils um 14 Uhr, Führung in Niedersulz, am 5. 6., vormittags, 9 Uhr, Führung durch Reiner Elsinger in Nikolsburg. – Herzliche Geburtstagswünsche an: Erika Peschek, Loisi Fritsch, Maria Helmich, Maria Helmer, Maria Sauer, Maria Ottomayer, Antonie Stüber, Maria Geldstet, Rosa Pelikan, Erwin Greger, Dr. Franz Kirner, Otto Landauf, Lina Kachelmaier, Josefine Weiß. RE

Nordmähren

Am 22. Februar wurde bei regem Besuch unsere **Jahreshauptversammlung** mit anschließender Neuwahl des Vorstandes abgehalten. Der Obmann lieferte einen Bericht über die Aktivitäten im vergangenen Vereinsjahr. Anschließend folgte der Kassabericht. Wir konnten auch wieder Landesobmann Schmidl mit Gattin bei uns begrüßen. Der Landesobmann übernahm bei der Wahl den Vorsitz. Der Vorstand wurde einstimmig gewählt und setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Obmann: Ing. Thomas Baschny, Obmann-Stellvertreter: Ernst Polaschek, Schriftführer: Dr. Margarete Weigert, Kassier: Adolf Löffler, Schriftführer-Stellvertreter: Ing. Thomas Baschny, Kassier-Stellvertreter: Gunther Just. In den Beirat wurden Eva Löffler, Rudolf Just, Dr. Günther Heimradtke, Friederike Schmid und Ingeborg Kanizan gewählt. Als Kassaprüfer wurden Gertrude Polaschek und Charlotte Lorenz gewählt. – Wie in der letzten Ausgabe der „Sudetenpost“ zu lesen war, ist unser langjähriges Mitglied und **Ehrenobfrau Ida Rotter** im 93. Lebensjahr verstorben. Möge sie in Frieden ruhen. – Unsere nächsten Treffen sind jeweils am 4. Montag (Ausnahme im Mai), 15 Uhr, im „Haus der Heimat“, 2. Stock, Steingasse 25, 1030 Wien. Am 26. April wird von Landsmann Klaus Seidler ein Diavortrag zum Thema Schlesien (1. Teil) gezeigt. Am Montag, dem 17. Mai, ist die Muttertagsveranstaltung geplant. Ich lade alle Mitglieder, Freunde und Interessierte recht herzlich zu unseren monatlichen Treffen ein.

Ing. Thomas Baschny

NIEDERÖSTERREICH

St. Pölten

Wie schon in den vergangenen Jahren, gedachten wir auch heuer wieder der Vorkommnisse vom 4. März 1919 mit ihren schrecklichen Folgen. Mit einem kleinen Stand und dem entsprechenden Informationsmaterial sowie einem Transparent, auf dem der Sinn und Zweck unseres Gedenkens kundgetan war, wurde die Bevölkerung informiert. Es nahmen daran folgende Landsleute teil: Herr Schaden, der Organisator der Veranstaltung, Herr Griehsler, der unentwegte, treue Mitarbeiter, Herr Cech, der ebenfalls sehr positiv bei allen Aktivitäten beteiligt ist, sowie Herr Klauda, Herr Pittner und erstmals mit dabei Herr Wunsch aus Dornbach. Der „Wettergott“ hatte Einsicht, obwohl Regen bzw. Schneeschauer vorausgesagt waren, blieb es trocken. Doch das Thermometer kletterte nur wenig über null Grad, so daß sich bei den Teilnehmern am Ende der Veranstaltung – sie dauerte gut drei Stunden – schon Kälteerscheinungen bemerkbar machten. Was das Interesse der vorüberziehenden Bevölkerung an unserem Gedenkstand betraf, war dies eher

mäßig, den meisten war er nur einen flüchtigen Blick wert, einige blieben doch stehen und diese gehörten wiederum fast ausschließlich der älteren Generation an. So gut es ging, wurden an die Passanten Flugschriften und vor allem auch die „Sudetenpost“ verteilt, die uns von der Redaktion ausreichend zur Verfügung gestellt wurde. Es entwickelten sich natürlich auch einige Gespräche, die erfreulicher Weise zu keinem „Streitdisput“ ausarteten, sondern mit unserer Meinung konform gingen. Eine kleine Gruppe von Studenten blieb dann ebenfalls stehen und interessierte sich für unser Problem, von dem sie offenbar bisher nichts wußten. So kann man abschließend dazu sagen, daß wir zumindest dazu beitragen, die Verbrechen, die an unserer Volksgruppe begangen wurden, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Um die Aufmerksamkeit der Politiker auf nationaler und internationaler Ebene auf die noch immer offene Sudetenfrage zu erwecken, müßte man mit „schwereren Geschützen“ aufziehen. (Siehe die Demonstrationen ausländischer Volksgruppen!) Doch dies ist nicht unsere Art. Auffallend ist daher auch der Satz im Bewilligungsschreiben des Magistrats St. Pölten, in dem es heißt: „Lautsprecher, Verstärker und Mikrophone dürfen nicht verwendet werden!“ So demonstrieren wir weiterhin still und leise, in der Hoffnung, eines Tages auch so gehört zu werden! – Zu erwähnen wäre noch der Besuch eines Reporters von den Niederösterreichischen Nachrichten, der eine Gruppenaufnahme von uns machte und hoffentlich auch – zumindest einen kleinen Bericht – darüber schreiben wird. – Ein herzliches Dankeschön allen Teilnehmern, besonders Herrn Cech, der wie immer die notwendigen Requisiten beistellte. G. P.

OBERÖSTERREICH

Verband der Böhmerwälder in OÖ.

Die Verbandsleitung der Böhmerwälder gratuliert zu den Geburtstagen im Monat April: Hilde Hager-Zimmermann, 92 am 17. 4.; Hofrat Dr. Gustav Spolwind, 90 am 13. 4.; Robert Mateyka, 90 am 9. 4.; Anna Buchmayr, 87 am 14. 4.; Johann Hengster, 86 am 15. 4.; Johann Nitsch, 85 am 14. 4.; Emma Schallert, 84 am 23. 4.; Josef Sengschmid, 80 am 20. 4.; Johann Stoiber, 78 am 14. 4.; Maria Hütthaler, 78 am 5. 4.; Karl Wiltschko, 78 am 8. 4.; Johanna Pichler, 78 am 24. 4.; Ing. Alois Stürzl, 77 am 8. 4.; Rita Meffert, 77 am 1. 4.; Rudolf Lausecker, 76 am 15. 4.; Agnes Ascher, 79 am 20. 4.; Gerda Sadilek, 75 am 17. 4.; Johann Quatember, 75 am 4. 4.; Käthe Heindler, 78 am 20. 4.; Sophi Roithner, 72 am 6. 4.; Rudolf Wagner, 71 am 4. 4.; Anna Grimm, 60 am 23. 4.

Enns-Neugablonz

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag im April: Am 4. Walter Kundlatsch, Enns; am 8. Walter Jentsch (75), Enns; am 12. Albin Zappe, Ennsdorf; am 18. Margit Rössler, Enns; am 25. Franziska Latzke, Enns und am 27. Artur Kretschmann (85), Enns. – Unser nächstes Treffen bei „Hofer“ findet am 8. April statt. Horst Schubert

Frauengruppe Oberösterreich

Unser nächster Heimatabend findet am 9. April, um 16 Uhr, im Ursulinenhof in Linz, 2. Stock, Zimmer 205, statt. Frau Elfriede Weismann berichtet in einem Vortrag über „Österreichisches Brauchtum im Böhmerwald“. – Herzliche Geburtstagswünsche für März: 5. März Hilde Wagner, 7. März Emma Nemetz, 21. März Leopoldine Kuttner, 28. März Stefanie Aichmair. April: 14. April Lotte Stumpe, 16. April Gerda Sadilek, 17. April Hilde Wagner-Zimmermann, 23. April Emma Wenzl. Auf guten Besuch freut sich Ihre Lilo Sofka-Wollner.

Steyr

Am 13. diesen Monats hatten wir unser monatliches Treffen, leider in sehr kleinem Kreis. Unsere liebe Frau Zifreund ist für einige Zeit im Krankenhaus. Wir wünschen ihr alles, alles Gute! – Frau Fischer übernahm nun die Aufgaben Frau Zifreunds (Abrechnung und dergleichen). Frau Zifreund leistete alle denkbaren Vorarbeiten. – Am Samstag, 10. April, halten wir die vorgeschriebene **Hauptversammlung** ab. Bitte, liebe Landsleute, erscheint recht zahlreich. – Liebe Geburtstagswünsche ergehen an folgende Mitglieder: März: Marie Reininger (7. März 1904), Karl Helfert (9. März 1914), Margarete Klein (22. März 1902), Rudolf Frühauf (26. März 1914), Ing. Peter Graser (31. März 1927); April: Lambert Häubl (7. April 1928), Wenzel Kölbl (8. April 1911), Emilie Grüner (14. April 1915), Dr. Oswald Fitschek (26. April 1907). E. P.

Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 1. 4. Franz Krammer, 2. 4. Maria Vejvar, Trimmelkam; 2. 4. Anna Witzany, 7. 4. Clemens Prinz, 11. 4. Dr. med. Walter Vejvar, 11. 4. Dipl.-Ing. Erich Vejvar, 13. 4. Maria Kappl, 14. 4. Wolfgang Kühhaas, 20. 4. Renate Geisbüch, 20. 4. Josef Kriegl, 28. 4. Elfriede Jobst, 28. 4. Käthe Pux, 30. 4. Katharina Wagner. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. H. K.

Verband der Südmährer in Oberösterreich

Geburtstage: Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat April geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum: 92. am 20. 4. Maria Krammer aus Lundenburg, 79. am 2. 4. Maria Gerschitzka aus Pausram, 79. am 27. 4. Maria Krainer aus Wainitz, 77. am 22. 4. Theresia Berger aus Neusiedl, 74. am 16. 4. Margarete Langthaler aus Znaim. – Todesfälle: Wir trauern um Frau Ingeborg Jech, geb. Hansen, aus Znaim, die am 22. 2. 1999 im 93. Lebensjahr von uns ging und Frau Klara Henhapl aus Tracht, die am 1. 3. 1999 im 88. Lebensjahr verstorben ist. Den Angehörigen unser herzlichstes Beileid.

SALZBURG

Salzburg

Über unsere Jahreshauptversammlung vom 9. März berichten wir ausführlich in der nächsten Folge der „Sudetenpost“. Wir beschränken uns diesmal auf unsere Glückwünsche an die im April geborenen Landsleute mit der herzlichsten Gratulation und daß sie diesen Tag im Kreise ihrer Lieben bei bester Gesundheit feiern: Unserem Kreis-Obmann Franz Peller in Oberalm am 2. zum 88., Edith Jahn am 4., Hansjörg Grohmann in Puch am 5., Simon Hradecky am 29., Mag. Georgia Künssberg in St. Johann am 10., Alois Tonweber in Hallein am 11., Franz Herrmann in Badgastein am 10., Elvia Straub am 14., Dir. Richard Marius in Elsbethen am 14., Maria Burgstaller am 16., Ernst Jentsch am 21., Theresia Surger in Sankt Johann am 23., Anneliese Dorigo am 10. und Rudolf Luft am 27. E. P.

KÄRNTEN

Bezirksgruppe Villach

Frauen- und Familienkreis: Am Montag, dem 1. März, trafen wir uns im Hotel Post zu einer netten Runde, obwohl einige treue Besucher krankheitsbedingt fehlten. Wir gedachten zunächst der Ereignisse des 4. März 1919 und hörten den interessanten Bericht von Augenzeugen. Danach hörten wir vom Bundesvorsitzenden der Ackergemeinde, Josef Stingl, der am 19. März 1919 in Maria Kulm im Egerland geboren wurde, und von der Schriftstellerin Ilse Tielsch, die am 20. März 1929 in Auspitz das Licht der Welt erblickte. Weiters gedachten wir des Bildhauers Franz Weiters, der am 24. März 1919 gestorben ist, und der Lyrikerin Maria Stona, die am 30. März 1944 erlöst wurde und dadurch der Vertreibung entging. Eine Schilderung von Ilse Tielsch von ihren Aufhalten bei den Großeltern in Mährisch Trübau weckte auch in uns Kindheitserinnerungen. Zwei Gedichte und aktuelle Themen vervollständigten das offizielle Programm und leiteten über zu Diskussion und Unterhaltung. Unser nächster Familiennachmittag ist wegen Ostern erst am Montag, dem 12. April, um 14.30 Uhr, wieder im Hotel Post. – **Jahreshauptversammlung:** Sie fand statt am Samstag, dem 6. März, im Hotel Post. Unser Obmann Dipl.-Ing. Anderwald begrüßte die Anwesenden und berichtete von den Veranstaltungen des vergangenen Jahres und von den für dieses Jahr geplanten. Der Bericht des Kassenwarts, der aus beruflichen Gründen abwesend war, wurde vorgelesen und die Entlastung des gesamten Vorstands vorgenommen. Anschließend wurde dieser gesamte Vorstand wiedergewählt. Danach gedachten wir der Ereignisse des 4. März 1919 und der Blutopfer dieses Tages. Wir hörten interessante Einzelheiten, wie den Aufruf an alle Deutschen und die „Zehn Gebote“ der Tschechen gegen uns, beides im Originaltext. Nach einer Pause zeigte uns Frau Dr. Kralik wunderschöne Dias von ihrer Reise nach Anatolien und versetzte uns mit ihren Schilderungen in eine andere, fremde, aber sehr interessante Welt. An dieser Stelle sei ihr noch einmal dafür gedankt. D. Thiel

Klagenfurt

Wir wünschen allen im Monat April geborenen Landsleuten Gesundheit und Wohlergehen auf ihrem Lebensweg, und die „Sudetenpost“ schließt sich den Glückwünschen an, und zwar: 89 Jahre Hildegard Rotter aus Mährisch-Schönberg am 30. 4., 87 Jahre Auguste Guetz aus Preßburg am 1. 4.; ferner gratulieren wir Gerda Grimm (Liquitz / Dux), Dr. med. Wilfried von Jilly (Znaim), Ursula Klemt (Warnsdorf), Mag. Ulrike Mayrhofer-Lippitz (Klagenfurt), Else Reiter (Grulich), Herta Wodny (Znaim). – **Achtung:** Welche Landsmännin hat bei der Adventfeier am 20. Dezember 1998 beim „Lampfwirt“ ihren großen, bemalten Teller vergessen? Dieser befindet sich bei Obmann Hans Puff, Tel. 31 84 04 (bitte abends anrufen!). Hans Puff

STEIERMARK

Judenburg

Bei unserem Treffen im März fanden sich nach Erkrankung einiger Landsleute doch schon wieder einige ein und wir freuten uns über deren Genesung. – Die Obfrau gedachte mit einem Rückblick der 54 Opfer des 4. März 1919, aber auch der mehr als 241.000 Toten der schrecklichen und unmenschlichen Vertreibung. – Es gab verschiedene Wortmeldungen zu aktuellen Themen bzw. es wurde rege diskutiert. Anschließend berichtete unsere Lm. Christl Hadwich sehr interessant und aufschlußreich über ihre erst vor kurzer Zeit erfolgte Reise nach Afrika. Die von ihr geschilderten Eindrücke haben uns alle sehr beeindruckt. – Da im Februar fast alle Ausschußmitglieder an Grippe erkrankt waren und teilweise sich sogar im Krankenhaus befanden, konnten wir zur Beerdigung unserer lieben Gusti Tschetschounig am 3. Februar in Graz nicht teilnehmen. Wir haben jetzt der „Sudetenpost“ einen Betrag als Kranzabläse überwiesen und glauben, daß dies auch im Sinne der Verstorbenen gewesen wäre. – Im Jänner und Februar konnten wir langjährigen Mitgliedern unserer Landsmannschaft zu hohen Geburtstagen gratulieren und wir freuen uns, daß es allen gesundheitlich recht gut geht: Frau Lucie Holletschek zum 92., Herrn Rudolf Eltner zum 85., Herrn Ing. Hugo Steinbach zum 92., Frau Maria Brandner zum 90. und im Monat März Herrn Karl Bilek zum 75. Geburtstag.

DEUTSCHLAND

Nikolsburg-Geislingen

Allen Geburtstagskindern im April herzliche Glückwünsche! Besonders unseren Jubilaren: 96 am 19. 4. Friederike Dolak (Wanatko), 92 am 16. 4. Franz Sochor, 85 am 15. 4. Maria Andermann (Linska), 80 am 5. 4. Ida Kolb (Schad), am 18. 4. Hilde Länger (Bles); 75 am 16. 4. Franz Hasieber, 65 am 3. 4. Maria Cesal (Balsky), 60 am 3. 4. Friedrich Spazierer. – Goldene Hochzeit feiern am 9. 4. Hasieber Johann und Barbara (Pöppel) und am 19. 4. Nedoschil Rudolf und Maria (Klement). Herzliche Glückwünsche! – Wir begrüßen neue Mitglieder im Südmährerbund: Sieglinde Svoboda (Seifert) aus Nikolsburg und Reinhard Raab aus Brünn. Herzlich willkommen! – **Achtung!** Neue Anschrift und Telefon-Nr. Kurt Nedoma, Marie-Bernays-Platz 15, 68309 Mannheim, Telefon: 00 49-621 / 723 54 53. KN

Pappenheim

Hauptversammlung am 7. März: Nach einem Gedicht über Heimat, vorgetragen von Lm. E. Schütz, begrüßte Ortsobmann A. Päckert die zahlreich erschienenen Landsleute, insbesondere den Kreisvorsitzenden Lm. Herbert Müller. Der Ortsobmann erinnerte, daß wir es sind, die die Probleme und Wahrheit der Vertreibung an die Nachkommen weitergeben müssen und nicht auf andere warten können. In einer Gedenkminute wurde der Toten in der alten und neuen Heimat gedacht, in besonderer Weise der Toten am 4. März 1919. Sie bleiben Symbol der Belange der Sudetendeutschen. Hingewiesen wurde auch auf das 50-Jahr-Jubiläum der SL. Nach dem Bericht der Schriftführerin Lm. Uliczka und des Kassiers Lm. Hajeck sowie dem Rechenschaftsbericht des Ortsobmannes wurde dem gesamten Vorstand die Entlastung erteilt und nach dem anschließenden Rücktritt des gesamten Vorstandes der Weg zur turnusmäßigen Neuwahl freigemacht. Kreisvorsitzender Lm. Herbert Müller referierte in kurzen Worten über die Wiedergutmachung. Zur Neuwahl wurden Altbürgermeister Lm. J. Nachtmann, Lm. Stüb sowie Lm. Schiele als Beisitzer bestimmt. Durch einfaches Handheben wurden die einzelnen Mitglieder des alten Vorstandes

wiedergewählt. Neugewählt wurde in den Ausschuß Rosemarie Päckert. Ortsobmann Lm. Päckert dankte für das Vertrauen und bat auch weiterhin um die Unterstützung der Vorstandschaft. Kreisvorsitzender Lm. H. Müller dankte nochmals dem alten und neuen Vorstand für seinen beachtenswerten Einsatz und betonte, daß die Pappenheimer Veranstaltungen der SL schon zur Tradition und zum kulturellen Angebot der Stadt zählen. Mit einem gemütlichen Beisammensein und reger Diskussion schloß Ortsobmann Lm. Päckert die Hauptversammlung.



DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. 01 / 718 59 13

Bundesverband

Das geht zu weit, Herr Schröder! Nur um der Politik wegen und ganz ohne Einbindung der Betroffenen verzichten Sie ganz einfach auf Ansprüche der Sudetendeutschen gegenüber der Tschechischen Republik in einem Gespräch mit Ihrem Parteikollegen Zeman. Ohne daß Sie je mit den Betroffenen selbst beziehungsweise deren Vertretern vorher gesprochen haben. Da wird Ihr Vorgänger Ollenauer im Grab rotieren, denn da wurde von Ihnen ganz einfach über die Obhutserklärung der Deutschen Bundesregierung über die Sudetendeutschen hinweg eine Tat gesetzt, die jedweden Recht und Anstand widerspricht. Sie machen es sich ganz einfach – man verzichtet und meint, daß damit alles für die Bundesrepublik Deutschland geregelt ist! Nein, so geht es ja wirklich nicht – und wenn dem so wäre, dann könnte dies dem deutschen Staat sehr viel Geld kosten. Handelt es sich doch hier um Ihre Staatsbürger – und diese sollten Sie ja eigentlich vertreten! Viele Klagen werden da eingebracht werden und all das wird allein in der Verwaltung und bei den Gerichten sehr viel Geld kosten! Natürlich hat dies auch Folgen für die Sudetendeutschen in Österreich, denn auch hier wird man nicht tatenlos zusehen können. Da wird sich sicherlich die SLÖ etwas einfallen lassen, wie man hier vorgehen könnte. Und der Tuppen auf dem I kommt ja noch: Einen Tag nach dem Gespräch Schröder / Zeman erklärte der Letztere ganz locker, „aber das berührt nicht irgendeine Aufhebung der Benes-Dekrete, diese bleiben in der tschechischen Rechtsordnung“. Na, da wird Herr Schröder ganz schön geschaut haben, denn das hatte er sicherlich nicht vorgesehen gehabt. Ja, so kann es einem gehen, wenn man sich über Menschen und Staatsbürger ganz einfach hinwegsetzt. Das haben sich unsere Eltern und Großeltern wahrlich nicht verdient, so behandelt zu werden, und auch wir nehmen dies nicht zur Kenntnis. Man kann über alles reden und, egal, wie vielleicht eine Entschädigung aussehen kann beziehungsweise ob dies Erben auch haben wollen, nur so geht es nicht! Denn dies käme sozusagen einer neuerlichen Vertreibung gleich. Hat man darauf vergessen, daß es auch Rechte des Einzelnen gibt? Sind die Heimatvertriebenen und deren Nachkommen niemand, mit denen man dann so umspringen kann, oder was hat man sich da vorgestellt? Hat man gemeint, daß das so einfach hingenommen wird und daß man zur Tagesordnung übergehen kann? Oder hat da etwas anderes versagt? Als diese Zeilen geschrieben wurden, gab es darauf noch keine Antwort, aber wir sind schon gespannt, wie man sich da herausreden wird! Wir lassen auch als jüngere Generation da nicht locker, wobei es hier vor allem um das Recht geht, daß da mit Füßen getreten wurde. Es ist nicht eine Entschädigung, die da nur ganz allein im Raum steht, sondern hier geht's um Menschen, Herr Schröder! Ganz egal, ob Sie dies zur Kenntnis nehmen wollen oder nicht! – Sonntag, 2. Mai: Leichtathletik-Wettkämpfe für jedermann in Traun, Oberösterreich. Alle Altersgruppen – von den Kindern ab zirka 3 Jahre bis zu den Senioren, bis über 80 Jahre – sind aufgerufen, daran teilzunehmen! – 17. bis 24. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute in Melk in Niederösterreich. Teilnehmer aus ganz Österreich im Alter von zirka 7 bis 15 Jahre sind dazu herzlich eingeladen (auch die Freunde Ihrer Kinder!). Um baldige Anmeldung wird ersucht! – Anfang August: Bergwoche in Kärnten mit unserem Bergführer Franz Schaden, Birkengasse 7, 3100 St. Pölten. Interessierte jedweder Altersstufe wenden sich direkt an Franz!

Landesgruppe Wien

Heimstunden jeden Mittwoch ab 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt. Bitte pünktlich kommen, da wir manchmal auch auswärts sind: beim Bowling-

spielen, Kino- und Theaterbesuch usw. nehmt auch Eure Freunde mit – jeder ist bei uns gerne gesehen! Werte Landsleute, denken Sie daran, daß auch Ihre Kinder und Enkelkinder bei uns mitmachen sollen – von irgendwoher muß ja der Nachwuchs für unsere Volksgruppenorganisation kommen! – Bei der Blutspendeaktion nahmen wieder etliche Freunde und auch Landsleute teil – recht herzlichen Dank all jenen, die den Weg in die Blutspendezentrale des Roten Kreuzes nicht gescheut haben. Damit wurde zum Gedenken an die Opfer des 4. März 1919 eine besondere soziale Tat gesetzt. Vor allem all jenen, die zum ersten Mal Blut gespendet haben, gilt unser besonderer Dank! – Und am Sonntag, dem 11. April, findet in der Engelmann-Sporthalle, in Wien 17, Jörgerstraße, das 7. Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowling-Turnier statt, mit Beginn um 14 Uhr. Alle Bowlingfreunde sind dazu herzlich eingeladen – lest dazu auch die Ankündigung im Zeitungsinne! – Frühlingsfahrt – Muttertags- und Vatertagsfahrt am Donnerstag, dem 3. Juni (Fronleichnamstag) – dazu sind alle interessierten Freunde, die Kinder, Schüler und Jugendlichen, die mittlere und ältere Generation und selbstverständlich alle Mütter und Väter sowie Großeltern recht herzlich eingeladen. Bezüglich dieser Busfahrt dürfen wir Sie auf den Artikel im Zeitungsinne verweisen – um rasche Anmeldung wird ersucht!

Landesgruppe Niederösterreich

Hinweisen möchten wir auf die Autobusfahrt (Muttertags- und Vatertagsfahrt am 3. Juni und auf den Sudetendeutschen Tag zu Pfingsten in Nürnberg sowie auch auf das Sommerlager, welches vom 17. bis 24. Juli in Melk, für Teilnehmer aus ganz Österreich, stattfindet (aus unserem Bundesland kamen bisher nur wenige Anmeldungen). Lesen Sie dazu die Artikel im Zeitungsinne – und melden Sie sich beziehungsweise meldet Euch sofort an! – Sudetendeutsche Bergwoche in Kärnten: Anfang August führt uns der Weg in die schöne Bergwelt Kärntens, mit den vielen Hütten unserer Alpenvereinssektionen, Tourenführer ist wieder unser Kamerad Franz Schaden, Birkengasse 6, 3100 St. Pölten – damit ist wieder eine schöne Bergwoche garantiert! Teilnehmen können daran alle Interessierten jedweder Altersstufe – gefragt ist ein wenig Kondition, etwas Bergfahrung und Kameradschaftsgeist. Wendet Euch sofort an Franz – er wird auch die näheren Details mitteilen (bitte nicht im letzten Augenblick kommen!).

Landesgruppe Oberösterreich

Schon jetzt kündigen sich die Sportwettkämpfe für jedermann – gleich welchen Alters und Geschlechts – am Sonntag, dem 2. Mai, in Traun, an! Alle sportlich Interessierten, von den Kindern (ab zirka 3 Jahre), bis zu den Senioren (über 80 Jahre), sind zur Teilnahme recht herzlich aufgerufen! Dazu gibt es im Inneren dieser „Sudetenspost“ eine entsprechende Vorankündigung – bitte nachlesen, vormerken und sich eventuell voranmelden – Sie helfen uns bei der Organisation! Wichtig ist auch, selbst daran teilzunehmen – überlassen Sie das nicht den anderen Landsleuten! – Pfingsten – Sudetendeutscher Tag in Nürnberg: ab Oberösterreich werden wieder Autobusse geführt. Näheres bitte bei Familie Schaner, Tandlerstraße 13, 4600 Wels, oder bei Familie Ruprecht, Wels, erfragen. Kommen Sie bitte nicht im letzten Augenblick! – Samstag, 29. Mai: Volkstanzfest der Sudetendeutschen Jugend Oberösterreichs in Wels! Bereits zum 9. Mal dürfen wir alle Freunde des Volkstanzens und des Brauchtums aus ganz Oberösterreich sowie aus allen anderen Bundesländern zu diesem bestimmt sehr schönen und familiären Volkstanzfest recht herzlich einladen. Bitte vormerken und hinkommen in die Pfarre Lichtenegg in Wels, wo dieses Ereignis wieder im großen Pfarrsaal

stattfinden wird! Tischreservierungen können bereits jetzt bei Familie Ruprecht, Johann-Strauß-Straße 9, 4600 Wels, getätigt werden.

Landesgruppe Steiermark

Ganz besonders möchten wir alle Freunde und Landsleute sowie die Eltern auf zwei Veranstaltungen aufmerksam machen: Pfingsten: Sudetendeutscher Tag in Nürnberg! Ab Graz wird – mit weiteren Einsteigestellen in der Steiermark – wieder ein Autobus geführt! Auch für jugendliche Teilnehmer ist die Mitfahrt möglich (mit Unterbringung im Zeltlager im Rahmen des Pfingsttreffens der Sudetendeutschen Jugend in Nürnberg. Anfragen bitte an die SLÖ-Steiermark, Beethovenstraße 23a, 8010 Graz, richten. – 17. bis 24. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von zirka 7 bis 15 Jahre aus ganz Österreich – in Melk an der Donau in Niederösterreich! – Hier sollten wir wirklich mindestens fünf Kinder aus unserem Bundesland stellen können! Dies müßte sich doch, bei etwas gutem Willen, leicht machen lassen, werte Landsleute. Viele von Ihnen haben Enkelkinder in diesem Alter, etliche Eltern sind froh, wenn sie die Kinder für eine Woche gut unterbringen können. Warten Sie bitte nicht darauf, daß der Nachbar oder andere Landsleute seine Kinder beziehungsweise Enkelkinder zum Sommerlager mitschickt, sondern versuchen Sie es selbst in der eigenen Familie. Es muß doch möglich sein, daß auch aus der Steiermark Teilnehmer kommen. Werben Sie dafür und warten Sie nicht zu lange mit den Anmeldungen bei der Sudetendeutschen Jugend, Steingasse 25, 1030 Wien.

Arbeitskreis Südmähren

Der nächste Heimabend ist am Dienstag, dem 6. April, um 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. Es werden Dias (Natur der Heimat) gezeigt. Darüber hinaus werden die nächsten Veranstaltungen besprochen und es können dazu auch schon die Anmeldungen getätigt werden! Sonntag, dem 11. April, führen wir das 7. Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowlingturnier beim Engelmann in Wien 17, Jörgerstraße, durch. Beginn ist um 14 Uhr. Jedermann ist herzlich zur Teilnahme aufgerufen. Um Voranmeldung wird ersucht – lesen Sie darüber aber mehr in Zeitungsinne! – 24. und 25. April: Frühlingsfahrt des Arbeitskreises nach Österreich-Schlesien – Altvater usw. Abfahrt ist um 7 Uhr beim Wiener Rathaus. Anmeldungen, Anfragen im April beim Heimabend beziehungsweise bei Lm. Mord, 2136 Laa an der Thaya, Hauptstraße Nr. 51, Tel./Fax: 0 25 22/76 38. Sonntag, 2. Mai: Südmährer-Wallfahrt nach Maria Dreieichen – von Wien wird ein Bus geführt. Anmeldungen bei der Landsmannschaft „Thaya“, Spießhamergasse 1, 1120 Wien – Dienstag und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr, Tel. 812 39 53.

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

| | | | |
|-------------|---------------|-------------|---------------|
| Folge 7 | 8. April*) | Red.-Schluß | 1. April |
| Folge 8 | 22. April | Red.-Schluß | 15. April |
| Folge 9 | 6. Mai | Red.-Schluß | 29. April |
| Folge 10 | 20. Mai**) | Red.-Schluß | 12. Mai |
| Folge 11 | 10. Juni***) | Red.-Schluß | 2. Juni |
| Folge 12 | 24. Juni | Red.-Schluß | 17. Juni |
| Folge 13/14 | 8. Juli | Red.-Schluß | 1. Juli |
| Folge 15/16 | 5. August | Red.-Schluß | 29. Juli |
| Folge 17 | 2. September | Red.-Schluß | 26. August |
| Folge 18 | 16. September | Red.-Schluß | 9. September |
| Folge 19 | 7. Oktober | Red.-Schluß | 30. September |
| Folge 20 | 21. Oktober | Red.-Schluß | 14. Oktober |
| Folge 21 | 4. November | Red.-Schluß | 28. Oktober |
| Folge 22 | 18. November | Red.-Schluß | 11. November |
| Folge 23 | 2. Dezember | Red.-Schluß | 25. November |
| Folge 24 | 16. Dezember | Red.-Schluß | 9. Dezember |

*) Ostern 4./5. April
 **) Pfingsten 23. Mai / 24. Mai
 ***) Fronleichnam 3. Juni

Neckarsulm

Die im Kolpinghaus stattgefundene Jahreshauptversammlung brachte keine Veränderungen. In seinem Rückblick konnte Franz Ludwig auf erfolgreiche Aktivitäten, wie Frühlingsfest in der Ballei, Jahresausflug an die Spree, Teilnahme am Ganzhornfest, verweisen. Franz Ludwig dankte allen Mitgliedern für ihre Unterstützung. Der Kassierin, Charlotte Richard, wurde eine ordentliche Kassenführung bescheinigt. Die Vorstandschaft wurde von den Mitgliedern einstimmig entlastet. – Kreisobmann Josef Krappel konnte folgende Mitglieder auszeichnen: für 20jährige Mitgliedschaft: Resie Cornehl, Neckarsulm; für 25jährige Mitgliedschaft: Karl Zickler, Elfriede Schinke, beide Neckarsulm; für 45jährige Mitgliedschaft: Alfred Kroha, Kurt Kuhnert, Franz Heller, Elisabeth Schuppan, Hermann Feyrer, Otto Femderl, alle Neckarsulm; Elsa Blümel, HN-Neckargartach; für 50jährige Mitgliedschaft: Franz Neubauer, Emil Pilz, beide Neckarsulm; Karl Hagenmüller, Obereisesheim. – Der im Anschluß gezeigte Film über das Niederland – Nordböhmen rundete die Veranstaltung ab und ließ bei einigen Mitgliedern, die aus dieser Gegend stammen, wehmütige Erinnerungen an die alte Heimat wach werden. Krappel

Spenden für die „Sudetenspost“

- 42.– Rudolf Seibt, Kremsmünster
- 42.– Ilse Zschock, Salzburg-Aigen
- 62.– Walburga Ammerstorfer, Leonding
- 62.– Helene Beierl, Wien
- 62.– Helma Bichler, Linz
- 62.– Werner Chlud, Wien
- 62.– Anton Fischer, Linz
- 62.– Heinz Fischer, Wien
- 62.– Walter Fischer, Linz
- 62.– Dr. Peter Gröger, Wien
- 62.– Ing. Siegfried Grund, Baden bei Wien
- 62.– Max Günthel, St. Veit im Mühlkreis
- 62.– Reg.-Rat. Ludwig Horer, Wien
- 62.– Franz Hörmann, Langenzersdorf
- 62.– Kons.-Rat Franz Huebel, Wien
- 62.– Rudolf Kapeller, Linz
- 62.– Ing. Heinz Kasyk, Maria Enzersdorf/G.
- 62.– Heinz Klauer, Wien
- 62.– Gottfried Kospach, Gaubitsch
- 62.– Ing. Kurt Kratschmer, Wien
- 62.– Leopoldine Kuttner, Pasching
- 62.– Ilse Langsteiner, Linz
- 62.– Therese Munz, Eichgraben
- 62.– Hedwig Nentwich, Bad Ischl
- 62.– Franz Pichler, Pasching
- 62.– Reg.-Rat Rudolf Polzer, Liezen
- 62.– Christa Scharf, Enns
- 62.– Maria Schedl, Wien
- 62.– Otto Schubert, Klagenfurt
- 62.– Rudolf Slansky, Gramatneusiedl
- 62.– Maria Steiner, Wattens
- 62.– Margarete Stropke, Gmunden
- 62.– Hansi Wallner, Graz
- 62.– Luise Willisch, Wien
- 62.– Inge Wutte, Graz
- 62.– Erik Zimmermann, Wien
- 80.– Franz Bergmann, D-Schorndorf
- 100.– Wilhelmine Maas, Wien
- 100.– Josefine Peschke, Leonding
- 100.– Theresia Tonko, Neumarkt im Mühlkreis
- 102.– Franz Follner, Wien
- 102.– Dr. Egon u. Erika Hirtl, Maria Enzersdorf/G.
- 112.– Josef Seidel, Graz
- 162.– Theresia Baumann, Linz
- 162.– Lore Englader, Wallern/Trattnach
- 162.– NR.-Abg. Dr. Martin Graf, Wien
- 162.– Trude Irlweck, Wien
- 162.– Hans Kraus, Langenwang
- 162.– Maria Thonabauer, Neuhofen a. d. Krems
- 162.– Josef Wiltshcko, Linz
- 200.– Hubert Friedl, St. Georgen/G.
- 222.– Anna Polzer, Wien
- 250.– Dr. Günther Kottek, Wels
- 262.– Hildegard Thamm, Wien
- 262.– Paula Wegscheider, Liezen
- 290.– Werda-Maria Becke, D-Krumbach
- 290.– Maria Karger, D-Marxheim
- 290.– Alois Krakofczik, D-Eggstätt
- 290.– Anton Meitner, D-Hersbruck
- 290.– Nordböhmen-Heimatwerk, D-Zwiesel
- 500.– Klemensgemeinde, St. Agatha
- 820.– Heimatortskartei, D-Regensburg

Die „Sudetenspost“ dankt allen Spendern sehr herzlich!

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
 „Sudetenspost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____
 Straße: _____
 Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland S 338.– (inklusive 10 % Mehrwertsteuer), Ausland: S 410.– (DM 58,50). – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Btz. 74090000. – Postanschrift u. Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Sudetenspost

Eigentümer und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf und FAX: 0 73 2 / 70 05 92, Obmann: Professor Dr. Rudolf Fochler, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig, Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland S 338.– incl. 10 % Mehrwertsteuer, Ausland: S 410.– (DM 58,50); Einzelpreis S 16.–. Postsparkassenkonto 7734.939, Btz. 60000. Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto 0000-028.135, Btz. 20320. Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Btz. 74090000. Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

Tschechien in der NATO

Nun sind die Tschechen also Mitglied in der NATO und damit Verbündete der mächtigsten Staaten der Welt. Sie schaffen es jedesmal, durch List, Skrupellosigkeit und durch ihre gute strategische Lage, sich eine Position zu schaffen, die weit über ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Wert als Partner liegt.

Nun werden also deutsche Soldaten – unsere Söhne und Enkel – in gemischten Verbänden mit tschechischen üben und im Ernstfall auch kämpfen. Kennt man denn in der deutschen militärischen und politischen Führung nicht die Risiken? Weiß man nicht, daß im Ersten Weltkrieg Tschechen in den Einheiten der k. u. k. Monarchie regimentenweise gemeutert haben? Daß sie an der Front ihre im Kampf vorangehenden Offiziere hinterücks erschossen haben und in ganzen Formationen zum Feind übergelaufen sind?

Sie haben dann in den Ländern der Entente und in Rußland Legionen gebildet – ohne eigentlich zu kämpfen. In Rußland bildeten sie eine richtige Armee, bekämpften aber nicht die Bolschewiken, sondern verrieten den ihnen blind vertrauenden Admiral Koltshak, den Reichsverweser und Oberkommandierenden der zaristischen weißen Armee. Sie lieferten ihn in Irkutsk den Bolschewiken ans Messer, stahlen den russischen Staatsschatz und führen, unterwegs plündernd und die Bevölkerung terrorisierend, nach Wladiwostok und führen mit ihrer Beute auf amerikanischen Schiffen nach Europa. Sie hatten schon in Sibirien ungezählte deutsche und ungarische Mitgefangene ermordet. Der einzige anständige war der Kommandeur des 4. Regiments, Oberst Švec, der Selbstmord beging, weil er sich für die Taten seiner tschechischen Soldateska schämte.

In der neugegründeten Tschecho-Slowakischen Republik bildeten sie die ersten Kader der Armee und die Opfer des 4. März gingen auf ihr Konto. Die ehemaligen Legionäre waren es auch, die 1945 den Pöbel bei den wilden Vertreibungen und den Massakern an den Sudetendeutschen anführten.

Die hussitische Tradition der Tschechen ist auch heute noch ungebrochen. Schöne Verbündete und gefährliche in einer Organisation, in der auch deutsche Soldaten zu dienen gezwungen sind!

Wilhelm Kahlich, D-Bad Tölz

Sollen (müssen) wir verzichten?

Das gegenständliche Schreiben ist eine Antwort auf einen Leserbrief des Herrn H. Langer in der „Sudetepost“, Folge 4, vom 25. Februar 1999. Inhalt seiner Leserschrift ist, gekürzt, etwa folgender: Diejenigen, welche die Vertreibung der Sudetendeutschen 1945 überlebt haben, sollten dem Schicksal (und den Tschechen) dankbar sein, sie hätten leicht erschlagen werden können, oder, wenn sie am Leben geblieben wären, müßten sie heute Sklaven sein. Die Vertreibung war daher ein „großes Glück“. Die derzeitige Definition von „Recht“ auf Heimat läßt so viele Auslegungen zu, daß eine Heimkehr von vornherein aussichtslos ist. Das Sudetenland ist verwüstet, daher ist eine Rückkehr unzumutbar. Die unmittelbar Betroffenen sterben langsam aus und die Tschechen wollen demzufolge die Geschichte „schmerzlos abschließen“. Und letztendlich wissen die Sudetendeutschen selbst nicht, was sie wollen. Soweit Herr Langer. Die Antwort darauf folgt sogleich.

Auf Grund der Auflistung dieser angeblich logischen Schlüsse, denen zufolge die Sudetendeutschen Forderungen als illusorisch abzustempeln wären, könnte angenommen werden, daß Herr Langer ein Dienstverhältnis mit den tschechischen Landräubern aufrecht erhält, denn diese sind für jede Mithilfe bei der Vernebelung ihrer Schandtaten 1945 im

Tribüne der Meinungen

Sudetenland dankbar. Den Tschechen brennt langsam der Hut und sie wissen ganz genau, daß die Vertreibung und die Mordorgie an den Sudetendeutschen nicht mehr unterm Tisch verschwinden kann, Europa wird immer mehr sensibilisiert (siehe Problem Kurden und Kosovo), und die Bevölkerung nimmt regen Anteil an einem Unrecht, das auch kleinen Volksgruppen angetan wird.

Gegenwärtig ist das Sudetenland tatsächlich eine Ruinenlandschaft, eine Rückkehr ist nicht sinnvoll, somit ist die Gegenwart für die Tschechen glimpflich vorbei. Die Zukunft sieht auch nicht schlecht aus. Die EU kommt, mit ihr die freie Wahl des Wohnsitzes und mit ihr kommt auch das „Recht, in die Heimat zurückkehren zu dürfen“. Aber nur das. Mehr darf nicht hineininterpretiert werden, schon gar nicht die Rückerstattung des geraubten Besitzes. Der Vertriebene (oder sein Nachkomme) kehrt in die verwüstete Heimat zurück, setzt sich auf die Ruine seines Hauses nieder und wartet und wartet, aber seine Hände bleiben leer, weil er nichts fordern darf. Und ob die Ruine, auf der er sitzt, ihm gehört, kann nur in Brüssel entschieden werden. Letztendlich hat ihm das Gesetz nur eine „Heimkehr“ gestattet und nicht mehr. Die Betrachtungsweise des Herrn Langer über die ausgeschlossene Wiedergutmachung der tschechischen Brutalität 1945 beinhaltet aber eine tüchtige Portion an Naivität. Einfach nach dem Motto: Das Sudetenland ist verwüstet und ist daher unbewohnbar, den Vertriebenen geht es in der neuen Heimat mittlerweile ganz gut und sie wollen in diese Ruinenlandschaft nicht mehr zurück. Scheinbar ein klarer Fall. Die logische Folgerung aus diesem Dilemma ist einfach. Die Tschechen sollen sich alles behalten, das Kapitel ist damit abgeschlossen und es herrscht Ruhe und Frieden. Außerdem müssen alle noch lebenden Vertriebenen ein Dankschreiben an die Tschechen richten, weil sie am Leben bleiben durften und nicht 1945 am Ort erschlagen wurden.

Die Tschechen sind mit dieser Lösung sicher einverstanden, das hat auch ein tschechischer Botschafter in München gesagt, mit den Worten: „... nach einer halben Generation ... werden wir die Geschichte schmerzlos machen“.

Es bleibt zum Schluß nur noch die Frage offen, was sollen die Sudetendeutschen und ihre Nachkommen machen, wie soll ihre Politik ausgerichtet sein? Die Antwort ist einfach und logisch.

Die Vertretungen der Sudetendeutschen müssen nach außen einheitlich, kräftig und dynamisch agieren, stets in der Öffentlichkeit präsent sein mit der klaren Forderung nach der Heimat und nach einer Wiedergutmachung der zugefügten Schäden, keine Verzichtserklärung abgeben, vorsichtige Diskussion über die derzeitigen rechtlichen Möglichkeiten, nachdem diese auf die 45er-Räuber zugeschnitten sind und alle müssen ihre Kräfte konzentrieren auf die kommenden Ereignisse nach der Überwindung des heutigen maroden Systems. Und in diesem Sinn ihre Kinder und Kindeskinde erziehen.

Otto Eberhard, A-Feldkirch

Zehn Jahre nach der „Sanften Revolution“

Zehn Jahre ist für ein Zeitgeschehen eine kurze Zeit, aber doch sollten da alle staatspolitischen Probleme und Angelegenheiten geregelt und geordnet sein.

In unserem Nachbarstaat, in der CR, scheint heute eher alles verworren als geregelt zu sein. Borniert, kaltschnäuzig verhalten sie sich zu allem, was die Vertreibung der

deutschen Bevölkerung in den Jahren 1945/46 betrifft.

Erinnern wir uns an jene denkwürdigen Tage, als die Menschen der ehemaligen DDR das Land verließen, als schon an den Grenzen Polens und Ungarns Wachtürme niedrigerissen, Stacheldraht und Minen entfernt wurden, das Ende der kommunistischen Herrschaft nahe war, da wagte man es auch in Prag, sich vom Gewaltregime der Kommunisten zu befreien – es gelang auch dort ohne Blutvergießen, ohne größeren Widerstand. Später war man dann sehr stolz auf diese unblutige Befreiung und nannte sie die „Sanftene Revolution“.

Es war ein Freudentag für das tschechische Volk, aber auch für die Nachbarländer. An einem dieser Tage, es war ein Sonntag, öffnete Österreich alle Grenzübergänge zur CSR und die Menschen von dort kamen in Scharen zu uns über die Grenze. In der Stadt Wien durften alle ausländischen Besucher an diesem Tag alle öffentlichen Verkehrseinrichtungen kostenlos benutzen. Überall wurden sie auch freundlich begrüßt und empfangen. Bei der Begegnung mit sudetendeutschen Vertriebenen bemerkte man auch hier keine Feindseligkeiten. Wie zwei gute Bekannte, die sich lange nicht mehr gesehen hatten, begrüßten sie einander, oft auch in tschechischer Sprache. Zu Hause hörten sie viele Jahre hindurch nur von Revanchisten, Faschisten und Verrätern. Und hier erleben sie jetzt das Gegenteil – Freundlichkeit, Versöhnlichkeit.

Das aber durfte zu Hause im Lande nicht bekannt werden. Eine neue, eine andere Hetzpropaganda setzte jetzt ein.

Andere wieder erinnerten sich an die herrlichen Zeiten im nationalistischen Beneš-Staat, den sie selbst zwar nicht erlebt haben, sondern von der Generation vor ihnen gehört hatten. Sie zogen auch in das neue Parlament ein, als Republikanische Partei. Dort agierten sie gemeinsam mit den Reformkommunisten. Demagogisch, chauvinistisch, wie das große Vorbild Edvard Beneš. Es gab fanatische Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien im Parlament, aber auch in der Öffentlichkeit in den Parteorganen produzierten sie ihre demagogischen Behauptungen. Die Prager Tageszeitung „Lidove noviny“ veröffentlichte einen Bericht aus dem Prager Parlament. Ich kann hier nur Auszüge in Schlagwörtern wiedergeben. Es berichtet von Exzessen im Hohen Haus.

„... unsere Feinde sind die Germanen und die Zigeuner...“, „... die sogenannte Europäische Union ist der Untergang der tschechischen Nation...“, „...schlägt die Fremdlinge und Papstanhänger, nichts anderes verdienen sie, sie vergiften die Meinungen unseres Volkes...“. Miroslav Sladek, der Chef der Republikanischen Partei, und seine Genossen scheuten sich nicht, selbst sträfliche Äußerungen zu verlautbaren, ohne daß ihnen Einhalt geboten wurde, und sie können bis heute diese wühlerische Tätigkeit fortsetzen.

Der Erfolg konnte nicht ausbleiben. Eine demoskopische Umfrage ergab, daß 70 Prozent der Befragten die Vertreibung der Deutschen als gerecht empfinden, weil sie ihr Land verraten hätten.

Das ist das wahre Ergebnis der „Schlußstriche und Versöhnungserklärungen“. Nichts und niemand ist versöhnt, ist versöhnt worden!

Nur die Politiker – Deutsche wie Tschechen – sind sich einig, besuchen sich und umarmen sich brüderlich.

Thomas Steffal, Aichwald

Schutzpflicht

Vom Bonner Chaos angesteckt, scheint sich nun auch Prag an einer Echternacher

Sprungprozession zum Recht der Sudetendeutschen zu beteiligen. „Einem in Tschechien investierenden deutschen Unternehmer nicht mehr auf der Grundlage der Beneš-Dekrete sein Eigentum konfiszieren (zu) können“ (Zeman), ist wohl der Gipfel der Infamie. Zur gleichen Zeit warten einige Zehntausend nicht vertriebene Sudetendeutsche als tschechische Staatsangehörige minderen Grades auf einen Funken von Restitution: die NATO- und Europareife der CR wird demonstriert!

Schröder-Berater Steiner übersieht offensichtlich die Schutzpflicht der Bundesregierung gegenüber ihren Staatsangehörigen, den vertriebenen Sudetendeutschen. Schröder setzt fort, was Kohl mit der unseligen Deutsch-tschechischen Erklärung begonnen hat. Nur diesmal dämmert etwas Klarheit durch den Bonner Nebel. Vorsorglich haben Sudetendeutsche schon rechtzeitig mit einer Klage gegen die Bundesregierung begonnen (Urteil des OVG Münster vom 26. 9. 1996). Darauf kann nun der Sprecher der Sudetendeutschen, Staatsminister a. D. Franz Neubauer, aufbauen: er hatte schon am 20. Februar die Bundesrepublik für regreßpflichtig erklärt, falls „ihre Verfassungsorgane an der Zerstörung der Rechte ihrer Bürger mitwirken“. Prag aber muß wissen, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen Völkermord war, der völkerstrafrechtlich nicht verjährt, wobei Konfiskationen ungültig sind und Restitution erfordern (Gutachter Prof. Ermacora 1991/1992).

Roland Schnürch, Düsseldorf
(Mitglied des Sudetendeutschen Rates)

Betrifft: Mitarbeiter statt bemängeln

Zum Leserbrief in Folge 5/99 sind einige Klarstellungen notwendig: Was die Bisse ins eigene Fleisch betrifft, möchte ich fragen, was war das, als der Obmann der SLÖ mit Begleitung an der 80-Jahr-Feier zur Gründung der CSR teilgenommen hat?

Zu allen übrigen Punkten in obigem Leserbrief – seien es die „diplomatischen“ Empfänge, keine Zeit für Medienarbeit, Wunschdenken usw. – möchte ich nicht weiter eingehen, weil der Briefschreiber meine Anregungen nicht verstehen wollte und zum Teil das Thema verfehlte. Es bleibt weiter bei den zahnlosen Aktivitäten, wie Teilnahme an Empfängen in der tschechischen Botschaft, Renovierung von Kirchen und Gräbern, Besichtigungsreisen usw., ganz im Sinne der Politiker in Österreich, Deutschland und in Tschechien.

Für die EU sind unsere Anliegen daher auch kein Thema! Dies führte u. a. zum deutsch-tschechischen „Verhöhnungsvertrag 1997“ und jetzt zur Vereinbarung zwischen Kanzler Schröder und dem tschechischen Präsidenten, wonach gegenseitig keine Entschädigungsansprüche gestellt werden sollen!

Die Sudetendeutschen haben am Aufbau ihrer neuen Heimat entscheidend mitgearbeitet, waren ein gutgläubiges Wählervolk und hatten den Reden der Politiker vertraut, aber alle haben sie verraten!

Der aussterbenden Vertriebenen-Generation wird höhnisch ins Gesicht gelacht! Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan !!!

Man war, beginnend mit der ausgestreckten Hand der Verzichtserklärung auf Rache in den fünfziger Jahren, besonders aber nach dem Ende des Kommunismus, immer unverständlich zurückhaltend!

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“
Ing. Gustav Hois, Enns

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.